



Die Kommunistische Internationale

1927 / HEFT 52

BERLIN, DEN 28. DEZEMBER

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Die aktuellste Aufgabe der Komintern / Lominadse: Die historische Bedeutung
des Kantonner Aufstandes / Meschtscherjakow: Die Bauerndelegation in der
UdSSR / R. Sonter: Die materielle Lage der Arbeiterschaft in Deutschland
Ende 1927 / Bücher- und Zeitschriftenschau

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, BERLIN. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 52 28. DEZEMBER

I N H A L T

	Seite
Die aktuellste Aufgabe der Komintern	2531
Lominadse: Die historische Bedeutung des Kantoner Aufstandes . .	2541
Meschtscherjakow: Die Bauerndelegation in der UdSSR.	2549
Sonter: Die materielle Lage der Arbeiterschaft in Deutschland Ende 1927	2554
Jeziarska: Die Lage in Italien	2565
F. G.: Im Zeichen der Amerikanisierung	2578

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	0,40
Postabonnement monatlich	1,—
Per Kreuzband monatlich	1,25
Postabonnement Quartal	3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

DIE AKTUELLSTE AUFGABE DER KOMINTERN

Unter der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus, bei einer vorübergehenden Depression des europäischen Proletariats, im Kampfe gegen den Unglauben und die Fahnenflucht eines Teiles ihrer ehemaligen Führer vollzog die erste proletarische Diktatur den siegreichen Uebergang von der Wiederherstellungsperiode zu der Periode des Neuaufbaues, d. h. zur unmittelbaren Errichtung des Sozialismus. Der historische Sinn des 15. Parteitages der KPdSU besteht darin, daß der Parteitag die Epoche der „großen Werktage“ des Sozialismus in der UdSSR eröffnet, daß er praktisch und dicht an den sozialistischen Aufbau herangegangen ist. Bezeichnenderweise fiel aber der Parteitag auch mit einem **W e n d e p u n k t** in der internationalen Arbeiterbewegung zusammen. Der Aufstand in Kanton hat gezeigt, daß die große chinesische Revolution lebt und sich entwickelt. Ueber ganz Europa geht eine neue erfrischende Welle von Klassenkämpfen, das europäische Proletariat überwindet allmählich die Depression, die durch die teilweise Stabilisierung hervorgerufen wurde. „Der Stabilisierung selbst — konstatierte auf dem Parteitag Genosse Stalin — entspringt der Krisenzustand des Kapitalismus.“

Dieser neue Prozeß geht neue besondere Wege: objektiv ist eine unmittelbar revolutionäre Situation noch nicht gegeben, die schwerste Etappe jedoch hat die Arbeiterbewegung zweifellos bereits hinter sich. Das bedeutet aber nicht, daß nun dadurch die Aufgaben der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Avantgarde einfacher geworden sind. Im Gegenteil. Der Klassenfeind ist besser organisiert denn je. Die Konzentration des Kapitals und der Kampforganisationen der Bourgeoisie hat in diesen Jahren riesige Fortschritte gemacht. Der politische Einfluß des konzentrierten Kapitals auf den Staatsapparat ist in nie dagewesenen Ausmaßen gewachsen. Das vertrustete Kapital bedrängt hartnäckig die Arbeiterklasse. Die Formen dieses Angriffes sind sehr verschieden: Verschärfte Methoden der kapitalistischen Rationalisierung, Verlängerung der Arbeitszeit, Senkung der Löhne, Teuerung, Aufhebung des Streikrechts, Einschränkung der Rechte der Gewerkschaften, Erhöhung der Zölle und Steuern, Verstärkung des weißen Terrors, zunehmende Aktivität der Imperialisten, militärische Einkreisung der Sowjetunion. Es ist klar, daß selbst das offen angreifende Trustkapital einen Transmissionsapparat sucht, um die Arbeiterklasse von innen zu zersetzen. Diese Rolle ist freiwillig von der Sozialdemokratie übernommen worden, die eine ihrem Zynismus nach nicht mehr zu überbietende Zersetzungsarbeit leistet. Im Jahre 1919, nach der deutschen Novemberrevolution, äußerte der bekannte reaktionäre Historiker Hans Delbrück, daß die Wiederherstellung Deutschlands nur dann gelingen könne, wenn sich die sozialdemokratischen Führer und die Offiziere der kaiserlichen Armee „zur gemeinsamen Arbeit zusammenfinden“. Die Sozialdemokratie erfüllte damals alle Hoffnungen der deutschen Reaktion und stellte der Bourgeoisie den Bluthund Noske zur Verfügung. Heute wird gerissener gearbeitet.

Die jetzige Taktik der Sozialdemokratie erfordert die größte Aufmerksamkeit. Hilferding, der theoretische Führer der deutschen Sozialdemokratie, hält im Reichshaushaltsausschuß des Reichstages eine Rede, die im Grunde genommen viel kapitalistischer ist als die Reden der offiziellen Vertreter der Kapitalisten. Mit unerreichter Banalität wird das „Planprinzip“ und die „Organisiertheit“ des vertrusteten Kapitals in den Himmel gehoben, ebenso sein „pazifistischer“, „demokratischer“ Charakter, in Anbetracht dessen auch die Ausbeutung eigentlich keine Ausbeutung mehr sei, sondern eine ununterbrochene „friedliche E i n f ü h r u n g des Sozialismus“

Das ist der Grund, warum Genosse Bucharin auf dem 15. Parteitag mit solchem Nachdruck die zentrale Idee seines Berichtes betonte:

„Noch nie gingen wir Kommunisten mit den Sozialdemokraten so weit auseinander wie jetzt. Noch nie lag zwischen uns eine solche Kluft wie heute . . . Wir müssen noch energischer wie bis jetzt die Sozialdemokratie angreifen, angreifen auf der ganzen Front.“

Um den Schlüssel für den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu finden, muß man sich jenen Veränderungen in der Struktur des Kapitalismus zuwenden, die auf der Grundlage der teilweisen Stabilisierung vor sich gehen, sowie jene Widersprüche analysieren, die sich aus dieser Stabilisierung ergeben. Im Dezemberheft der Zeitschrift „Der Kampf“ (1927) schreibt Otto Bauer über die angeblichen „Stabilisierungsenttäuschungen“ der Bolschewiki:

„Immer wieder enttäuscht (durch eine Reihe von Niederlagen in Europa — 1919, 1923, 1926. — Die Red.), setzte der Bolschewismus seine ganze Hoffnung nunmehr darauf, daß der Kapitalismus nicht imstande sein werde, die seit der Stabilisierung des Geldwertes eingetretene Krise und Massenarbeitslosigkeit zu überwinden, daß andererseits die fortschreitenden orientalischen Revolutionen die Zitadellen der imperialistischen Großmächte unterminieren werden. Beide Hoffnungen sind im letzten Jahre schwer enttäuscht worden: die eine durch die Prosperität in Deutschland, mit der sich die Wirtschaftslage in ganz Europa besserte, die andere durch die Ereignisse in China.“

Ueber die „Ereignisse“ in China brauchen wir nach dem Aufstand in Kanton (der fast mit dem Erscheinen der Zeitschrift zusammenfiel) sowie angesichts einer neuen gewaltigen Welle der Bauernbewegung nicht viel Worte verlieren. Soll hier „der größte Mann der Internationale“ bei der „kontinentalen Beschränktheit“ bleiben und seine Unschuld wahren. Was aber die „Prosperität“ in Deutschland betrifft, auf der nach Bauer die ganze kapitalistische Stabilisierung in Europa beruhe, so zeugt diese Behauptung natürlich auch von einer Beschränktheit, allerdings von einer Beschränktheit anderer Art. Sogar die bürgerlichen Nationalökonomen wagen nicht, heute von einer Prosperität des kapitalistischen Europa zu reden. Werner Sombart schreibt in seinem letzten Buch „Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus“, das die erste Geschichte des modernen Kapitalismus darstellt, daß, wer aufmerksam die Entwicklung nach dem Kriege verfolgt, nicht im Zweifel darüber sein könne, daß eine friedliche Periode des Kapitalismus (eine Epoche der Kriege und der Revolutionen sagen wir. D. Red.) begonnen habe. Die Zeit des Mannesalters sei vorüber.

Wodurch erklärt aber nun Otto Bauer das unüberwindliche Mißverhältnis — das zweifellos vorhanden ist und die Tendenz zur weiteren

Verstärkung aufweist —, das Mißverhältnis zwischen der deutschen Hochkonjunktur und der wirtschaftlichen Lage des deutschen Proletariats? Widersprüche — und zwar eine ganze Reihe von Widersprüchen — sind ein innerer, immanent Bestandteil der teilweisen Stabilisierung, möge es im Rahmen der relativen Stabilisierung mitunter noch so gute Konjunkturperioden geben. Das sind in erster Linie Widersprüche zwischen den Produktions- und den Absatzmöglichkeiten, Gegensätze zwischen den kapitalistischen Mächten infolge der Verschiebung des Zentrums des Wirtschaftslebens, Gegensätze zwischen der kapitalistischen Welt und der UdSSR. Die Verschärfung der Gegensätze zwischen den Staaten hat ungewöhnliche Fortschritte der Konzentration innerhalb der Länder gezeitigt. Der Erfolg der Konzentration in Deutschland in der ersten Hälfte des Jahres 1927 steht einzig da. Ueberall — in der Schwerindustrie, in der chemischen Industrie, im Baugewerbe usw. — herrscht ein und dieselbe Tendenz: durch Vereinigung neue Energie, neue Spannkraft zu gewinnen. Manche Trusts umfassen fast ganze Produktionszweige. Die IG Farbenindustrie z. B. verfügt über ein Kapital von 1,1 Milliarden Mark. Auf den Stahltrust entfallen zwei Drittel der gesamten Stahlproduktion. Gleichzeitig geht die stärkste Konzentration der Kampforganisationen der Unternehmer vor sich. Das „Jahrbuch des Arbeitsministeriums“ stellt in bezug auf die Berufsvereine in Deutschland im Jahre 1926 fest, daß „das Zusammenarbeiten der Unternehmer alle Schwierigkeiten überwinden“ habe. Den 1535 Unternehmervereinigungen stehen kaum 200 Arbeitergewerkschaften gegenüber (alle Richtungen mit eingerechnet, auch die zahlenmäßig schwächsten). Allein schon die zwei größten Unternehmerverbände der Metallindustrie — insgesamt gibt es in diesem Produktionszweig 72 Verbände — beschäftigen über eine Million Arbeiter, während der gesamte Metallarbeiterverband (die größte Gewerkschaft im Lande) nur 750 000 Mitglieder zählt.

In welchem Maße das spezifische Gewicht des Trustkapitals im Staate gewachsen ist, liegt auf der Hand. Die politische Macht der Trusts wird nicht mehr verschleiert. Der öffentliche Ausdruck dieser Sachlage ist der Sieg des konservativ-bürgerlichen Blocks in den größten kapitalistischen Ländern, in Deutschland, Frankreich, England. Es ist bezeichnend, daß die größte Antistreikvereinigung der Unternehmer „Deutscher Streikschutz E. V.“ im Jahre 1925 in seine Satzungen einen neuen Punkt über die Entschädigung seiner Mitglieder im Falle eines allgemeinen oder politischen Streiks aufnahm. Auf diese Weise vollzieht sich ein ungeheurer Prozeß der Verflechtung mit dem Staatsapparat, ein Prozeß der Vertrustung des Staates, was faktisch eine Tendenz zum Staatskapitalismus zum Ausdruck bringt.

Andererseits haben wir — allerdings in bedeutend kleinerem Umfange — auch die Entwicklung der formalen Elemente des Staatskapitalismus zu verzeichnen (Verstaatlichung und Kommunalisierung von Betrieben). Die „Frankfurter Zeitung“ hat eine ganze Untersuchung über ähnliche deutsche Betriebe veröffentlicht („Wirtschaftskurve“ der „Frankfurter Zeitung“, Heft 1 und 2). Es stellt sich heraus, daß die öffentlichen Institutionen die größten Erfolge bei der Erzeugung des elektrischen Stromes zu ver-

zeichnen haben: 1913 entfielen auf sie 23,6 Prozent der gesamten Stromerzeugung, 1920 — 32,1 Prozent, 1925 — 76,8 Prozent. Ebenso bedeutend waren die Fortschritte auch in der Aluminiumindustrie: der Anteil der öffentlichen Institutionen betrug dort im Jahre 1925 74 Prozent. In anderen Industriezweigen sind dagegen die Erfolge sehr bescheiden. Nur in der Steinkohlenindustrie ist von 1913 bis 1925 eine Steigerung von 6,9 Prozent auf 10,1 Prozent zu verzeichnen, bei der Erzgewinnung eine solche von 10,6 auf 18,8 Prozent. Das Aktienkapital der großen staatlichen Unternehmen übersteigt nicht 170 Millionen Mark, die Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeiter beträgt 60 000. Aber auch diese verhältnismäßig geringen Errungenschaften des Staates und der Kommunen rufen erbitterte Angriffe von seiten der Unternehmer hervor, die in dieser Entwicklung eine Schmälerung ihrer privatkapitalistischen Interessen erblicken. Auf dem letzten Kongreß der Unternehmer in Frankfurt wurden sehr scharfe Worte gegen die „kalte“ Sozialisierung gesprochen, obwohl natürlich die staatlichen und kommunalen Betriebe im kapitalistischen Deutschland mit einer wirklichen Sozialisierung nichts gemein haben.

Immerhin ist der besondere Charakter dieser Industriezweige zu erwähnen, der an den Staatskapitalismus im Kriege erinnert. Aluminium ist für die Kriegsindustrie von ungeheurer Wichtigkeit und der elektrische Strom spielt für den Staat im Grunde genommen dieselbe Rolle wie das Transport-, das Telegraphenwesen usw. Mit anderen Worten, wir ersehen hieraus die Widersprüche der Stabilisierung, die Gegensätze zwischen den Staaten in einer noch nie dagewesenen Form der Kriegsvorbereitung.

Allerdings gibt es eine Reihe von Ländern (Oesterreich, Italien, Japan), wo die Tendenzen des Staatskapitalismus noch eindeutiger zum Vorschein kommen, und zwar in jedem Lande auf eine andere Art und Weise. Es wäre zwar der größte Fehler, die heutige Phase der Entwicklung bereits als eine „Aera des Staatskapitalismus“ zu bezeichnen, das Vorhandensein dieser Tendenzen ist aber von ungeheurer Bedeutung, da dadurch das Proletariat den vereinigten Kräften der Bourgeoisie entgegengestellt wird.

Der bestimmende Faktor der heutigen internationalen Lage ist die ungewöhnliche Verschärfung des Klassenkampfes eben auf der Grundlage der Entwicklung der inneren Widersprüche der Stabilisierung. Die Radikalisierung der Arbeiterklasse geht in den verschiedensten Formen vor sich. Zunehmende Sympathien für die Sowjetunion, Wahlsiege der Kommunisten in Deutschland, in der Tschechoslowakei, in Polen, die im letzten Jahre auflebenden Wirtschaftskämpfe, die berühmten Demonstrationen für Sacco und Vanzetti, die in ganz Europa stattfanden, schließlich der Juliaufstand des Wiener Proletariats, der der krassste Ausdruck der Verschärfung der Klassegegensätze war — all das zeugt von diesem Prozeß. Man fühlt deutlich eine Veränderung in dem Kräfteverhältnis der Arbeiterklasse und der Unternehmer. Bei den geheimen Betriebsrätewahlen erleiden die gelben und faschistischen Gewerkschaften fast überall eine vernichtende Niederlage. Das Bezeichnendste ist dabei das gleichzeitige Erstarken der Sozialdemokratie und des revolutionären Flügels. Eine Analyse dieser Erscheinung ist äußerst lehrreich. Aus ihr muß hervorgehen, aus welchen

sozialen Schichten sich die Sozialdemokratie zusammensetzt und welche Veränderungen dadurch innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft vor sich gehen. Entscheidend für uns ist die Frage der proletarischen Kaders und des Entwicklungstemplos des politischen Einflusses der Kommunisten und der Sozialdemokratie.

Interessant ist unter diesem Gesichtspunkt vor allem ein Vergleich zwischen der Entwicklung der sozialdemokratischen Parteien und der der Gewerkschaften. In Oesterreich z. B. ist in den letzten Jahren ein katastrophaler Rückgang der Gewerkschaften zu verzeichnen. Im Jahre 1921 erreichte die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ihren Höhepunkt — 818 000 Mann. Im Jahre 1923 betrug die Zahl 692 000, im Jahre 1925 — 621 000, im Jahre 1926 — 588 000. Im Jahre 1927 fiel diese Zahl weiter und die österreichische Bourgeoisie begann schon von einer „Dämmerrung“ in der österreichischen Gewerkschaftsbewegung zu reden. Zur selben Zeit geht die Mitgliederzahl der österreichischen Sozialdemokratie nicht nur nicht zurück, im Gegenteil, sie steigt sogar, selbst nach dem Juliverrat der Sozialdemokratie. Allein in Wien betrug die Zunahme der Sozialdemokratischen Partei in der Zeit vom Juli bis zum Oktober 16 000 Mann. Es ist klar, daß es sich hier um ein Wachstum handelt, das ausschließlich auf Kosten der Kleinbourgeoisie vor sich geht und nicht auf Kosten des Proletariats. Nicht umsonst sprach Renner auf dem letzten Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie von der Notwendigkeit, sich nicht nur an die Arbeiter zu wenden, sondern auch an die Bauernschaft, an die Kleinbourgeoisie, an Händler und sonstige Elemente des eingeschüchternen Kleinbürgertums, die hin und her schwanken zwischen einer oppositionellen Stellung gegenüber dem monopolistischen Kapitalismus und der Angst vor der proletarischen Revolution.

In Deutschland ist heute die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften um 300 000 Mann geringer als im Jahre 1925 und um mehr als das Zweieinhalbfache geringer als im Jahre 1922/23. Im Jahre 1925 zählten die freien Gewerkschaften 4 580 000 Mitglieder, im Juli 1927 — 4 140 000. Dabei stieg im letzten Jahre die Mitgliederzahl der Sozialdemokratischen Partei von 806 000 auf 823 000. Noch bezeichnender in dieser Beziehung sind die unlängst stattgefundenen Gemeindewahlen in Deutschland und in der Tschechoslowakei. Man muß die Situation im Auge behalten, in der die Wahlen in Deutschland stattfanden: wirtschaftliche Prosperität und mehr als dreiviertel Jahre lange Herrschaft des reaktionären Bürgerblocks. Und trotzdem zeitigten die Wahlen glänzende Erfolge sowohl für die Kommunisten als auch für die Sozialdemokraten. Am bezeichnendsten waren die Hamburger Wahlen. Die Kommunisten erreichten hier ihre höchste Stimmenzahl seit der Revolution. Sie erhielten 110 339 Stimmen gegen 114 365 Stimmen bei den Reichstagswahlen im Mai 1924. Im Vergleich zu den letzten Wahlen, nämlich zu der Reichspräsidentenwahl von 1925, stiegen die kommunistischen Stimmen um 43 000, d. h. um ein Drittel. Die Sozialdemokraten erhielten jetzt 257 000 Stimmen gegen die damaligen 214 000. Die Kommunisten und die Sozialdemokraten nehmen also zwar gleichzeitig zu, jedoch ist das Tempo der Zunahme der kommunistischen Stimmen — und das ist das Entscheidende — bedeutend schneller als das-

jenige der Sozialdemokraten. Bei den Reichspräsidentenwahlen kamen auf 100 sozialdemokratische Stimmen 32 kommunistische, heute beträgt die Zahl bereits 44,5.

Andererseits haben die Gemeindewahlen in Hamburg, Bremen und Altona gezeigt, daß der Stimmenzuwachs der Kommunistischen Partei in den Arbeitervierteln 100 bis 150 Prozent betrug. Die für die Sozialdemokratie abgegebene Stimmzahl nahm hauptsächlich auf Kosten der bürgerlichen Parteien zu, deren halbproletarische und kleinbürgerliche Elemente, empört durch die Politik des Bürgerblocks, ihnen den Rücken kehrten. Es ist bezeichnend, daß unter den proletarischen Wählern, die die Sozialdemokratie in Hamburg gewonnen hat, an erster Stelle die Arbeiter der staatlichen und kommunalen Betriebe stehen.

Das gleiche Bild konnte man auch bei den unlängst stattgefundenen Gemeindewahlen in der Tschechoslowakei beobachten. In Prag stiegen die kommunistischen Stimmen von 66 700 im Jahre 1925 auf 70 600, die der Sozialdemokraten — von 41 800 auf 47 600. Die tschechische kleinbürgerliche Partei der Nationaldemokraten (die Partei Kramarschs) verlor ungefähr genau so viel Stimmen, wie die Sozialdemokratie gewann.

Schließlich ergibt sich aus den Betriebsrätewahlen und den Streiks die höchst symptomatische Tatsache, daß die Proletarier, die in der Periode der größten Depression die Klasse verließen und sogar zum Faschismus gingen, jetzt wieder zu den Gewerkschaften und der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterbewegung zurückfinden. In Mährisch-Ostrau (Tschechoslowakei), wo vor ungefähr zwei Jahren die Bergarbeiter eine schwere Niederlage erlitten und die faschistischen Gewerkschaften ziemlich stark zunahmen, ist jetzt eine Massenabwanderung aus diesen Gewerkschaften zu beobachten. In einer Reihe von Betrieben (Tinetsch, Witkowitz u. a.), wo die Unternehmer nur „zuverlässige“ Arbeiter einstellten und mit Hilfe des korrumpierten Teiles der Betriebsräte alle anderen Elemente entfernten, erhielten die revolutionären Gewerkschaften bei den Betriebsrätewahlen (geheime Wahl) eine bedeutende Mehrheit. Die Erfahrungen mit der reformistischen Schlichtungspolitik in Deutschland, die faktisch eine Wiederholung der berüchtigten Arbeitsgemeinschaft darstellt, haben die Arbeiter zu der Ueberzeugung geführt, daß das Proletariat von den Schlichtern nichts Positives zu erwarten hat. Die Reformisten behaupteten, daß in Anbetracht der großen Zahl der Nichtorganisierten der Streikkampf gegenwärtig sehr schwer zu führen sei. Ihre Taktik bestand darin, daß sie, um ihr Ansehen bei den Arbeitermassen zu heben, es zu Konflikten mit den Unternehmern kommen ließen, um danach, sobald sich der Schlichter der Sache annahm, den weiteren Kampf zu verraten. Dabei ist zu beachten, daß der größte Streik, der 1927 in Europa stattfand, nämlich der Streik im mitteldeutschen Braunkohlengebiet, eine aktive, restlose Beteiligung der Nichtorganisierten und der gelben Arbeiter sowie der meisten Mitglieder der faschistischen Gewerkschaften aufwies. Weder die Regierung noch die Unternehmer noch die Gewerkschaftsführer glaubten daran, daß es zum Kampf kommen würde. Trotzdem war es der Fall. Ja noch mehr: viele Arbeiter, die seinerzeit die Gewerkschaften verlassen hatten, kehrten nach dem Streik wieder in die Gewerkschaften zurück.

Wir sehen also, wie dieser Prozeß der Entfaltung des Klassenkampfes und der Radikalisierung der Arbeiterklasse vor sich geht. Es wäre natürlich eine Versimpelung der Sachlage, wollte man sagen, daß die Sozialdemokratie ausschließlich auf Kosten der Kleinbourgeoisie wächst. Auch jetzt noch treten nicht wenig Arbeiter in die Reihen der Sozialdemokratischen Partei. Im großen und ganzen aber bezeugt die Analyse des Wachstums der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratie, daß für die revolutionäre Avantgarde des Proletariats eine günstige Konjunktur vorhanden ist, sowohl in bezug auf die Zusammensetzung als auch in bezug auf das Wachstumstempo.

In diesem Kampf um den politischen Einfluß auf die Massen und um die Führung im Klassenkampf stößt die kommunistische Avantgarde in erster Linie auf die Sozialdemokratie. Im Zusammenhang mit der Vertrustung des Kapitals, durch die die Frage des Machtkampfes mit aller Schärfe gestellt wird, einerseits, und im Zusammenhang mit der allgemeinen Radikalisierung der Arbeiterklasse und mit der offenen Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion andererseits steht der Prozeß einer allgemeinen Rechtsschwenkung der Sozialdemokratie. Wir sehen, wie innerhalb der Sozialdemokratie der rechte Flügel die Oberhand gewinnt, vor dem nicht nur die sogenannten „Linken“, sondern auch das Zentrum kapituliert. In Oesterreich sehen wir die Niederlage Otto Bauers auf dem letzten Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie und seine Kapitulation vor Renner, in Deutschland — den endgültigen Abgang Hilferdings und Crispiens aus dem Zentrum der Partei und die Diktatur Wels—Hermann Müller. Dittmann hatte vollkommen recht, als er erklärte, die Opposition bestehe aus einem Dutzend junger Redakteure und Schullehrer. Schließlich bedeutete der letzte Parteitag der Labour Party in Blackpool, ebenso auch der Gewerkschaftskongreß, eine schroffe Rechtsschwenkung der Spitzen der englischen Arbeiterbewegung. Durch die Sprengung des Anglo-Russischen Komitees wollte man sich von dem Vorwurf einer Gemeinschaft mit den Bolschewiki reinwaschen, aus der Wahlplattform streicht man jetzt die Losung der Einkommensteuer. Gleichzeitig wird eine ganze Theorie der „entfalteten“ Wirtschaftsdemokratie gegeben, die in Wirklichkeit eine vollständige Kapitulation vor der bürgerlichen Ideologie bedeutet. Auf dem Juli-Parteitag der deutschen Sozialdemokratie entwickelte Hilferding in seinem Referat über „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik“ ungefähr folgende „objektive“ Einstellung: Die Leitung eines modernen Betriebes ist eine gesellschaftliche Angelegenheit. Entscheidend ist, daß wir uns zurzeit in einer solchen Periode des Kapitalismus befinden, wo die Aera der freien Konkurrenz bereits überwunden ist, wo wir vom freien Spiel der Kräfte übergehen zu einer „organisierten“ Wirtschaft. Auf dem Gebiet der Technik tritt neben die Elektrizität und den Dampf die synthetische Chemie. Sie befreit die kapitalistische Wirtschaft von der Frage der Rohstoffe, insofern überall vorhandene unorganische Stoffe in Rohstoffe umgewandelt werden können. Ein Krieg um Erdöl wird gegenstandslos werden. In ungeheurem Tempo verändert sich die Grundlage der kapitalistischen Industrie. Hieraus ergibt sich die pazifistische und revolutionierende Bedeutung der Konzentration. Der „organisierte“

Kapitalismus ist kein richtiger Kapitalismus mehr, sondern eine Ersetzung des kapitalistischen Prinzips. Die freie Konkurrenz wird durch das Planprinzip, die gesellschaftliche Regelung ersetzt.

Der Klassencharakter der kapitalistischen Vertrustung wird in diesen Ausführungen vollkommen vertuscht. Man erkennt an, daß es eine organisierte Wirtschaft schlechthin und eine Demokratie schlechthin geben kann, durch die die Arbeiterklasse den Staat „demokratisiert“. Das Mittel dazu ist der Betriebsrat — die „konstitutionelle Fabrik“ — und der Tarifvertrag (anstatt des Klassenkampfes), der, wie Renner ergänzend hinzufügt, eine „Sozialisierung“ (1) des Arbeitslohnes darstellt. Diese theoretische Einstellung dieser „Marxisten“ unterscheidet sich nicht um ein Jota von der anerkannten Autorität der bürgerlichen antimarxistischen Volkswirtschaft, Werner Sombarts, der in seinem obenerwähnten Buch folgendes schrieb:

„Wir werden uns nun aber allmählich an den Gedanken gewöhnen müssen, daß der Unterschied zwischen einem stabilisierten und reglementierten Kapitalismus und einem technifizierten und rationalisierten Sozialismus kein sehr großer ist, und daß es somit für das Schicksal der Menschen und ihrer Kultur ziemlich gleichgültig ist, ob die Wirtschaft sich kapitalistisch oder sozialistisch gestalten wird.“

Was Wunder, daß die reformistischen Gewerkschaften auf den Streikampf verzichten und die Theoretiker der Gewerkschaften neue Theorien über die Schädlichkeit und Ueberflüssigkeit des Streiks konstruieren. Angesichts des Aufschwungs der Arbeiterbewegung in Deutschland hat der ADGB ein „Aktionsprogramm“ ausgearbeitet. Das bezeichnendste an diesem Programm ist, daß es sich nicht an das Proletariat wendet, sondern an die Bourgeoisie. Nach der Meinung des „Vorwärts“ enthält dieses Programm die Forderungen der staatlichen und volkswirtschaftlichen Vernunft. Indes ist darin über den Angriff des Trustkapitals auf die Arbeiterklasse kein Wort enthalten. Statt dessen unterstützt der ADGB offen die Kapitalisten, indem er für die „Entwicklung der Produktivkräfte der deutschen Wirtschaft“, d. h. für die Stärkung der Trustherrschaft eintritt. „Jede Erschütterung des Vertrauens zur öffentlichen und privaten Wirtschaft Deutschlands bedeutet eine Erschütterung der Konjunktur.“ Dieses Programm stellt das Programm der künftigen Koalition dar und ist durchdrungen vom Geist der Liebedienerei vor dem Trustkapital. Sogar die Losung des „Einheitsstaates“, den das Trustkapital im Interesse seiner imperialistischen Politik fordert, wird von den Führern des ADGB und der Sozialdemokratie aufgegriffen. Dabei mißbraucht man aufs schändlichste den Namen Lassalles, indem man dem „staatsfeindlichen“ Marx den „staatsbejahenden“ Lassalle entgegenstellt. Auf diese Weise sehen wir — nach dem Ausdruck des Genossen Bucharin — eine sowohl praktisch als auch theoretisch kapitalistische Einstellung der Sozialdemokratie. Die Resolution des letzten Wiener Parteitages der Austromarxisten besagt: Die Sozialdemokratie

„will keinen Bürgerkrieg, sie will ihre Ziele mit demokratischen Mitteln erreichen; sie würde in einem einzigen Falle zur Gewalt greifen, nämlich dann, wenn die Reaktion es versuchte, die demokratische Republik zu stürzen, oder der Arbeiterklasse die Rechte, die die demokratische Republik ihr verbürgt, zu rauben.“

Von besonderem Interesse für die Charakterisierung der heutigen Sozial-

demokratie ist die Altersstatistik, die dem letzten Kieler Parteitag der Sozialdemokratie vorgelegt wurde. In der ganzen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gibt es nur 17 Prozent Mitglieder unter 33 Jahren, die überwiegende Mehrheit ist über 40 Jahre alt. In einzelnen Bezirken, so z. B. in Hannover-Bremen, ist der Anteil der Jugend bis zu 20 Jahren 1,7 Prozent, von 21 bis 25 Jahren 6 Prozent, von 46 bis 55 Jahren 28 Prozent, über 55 Jahre 14,3 Prozent.

Das außerordentliche Tempo der Konzentration des Kapitals und die Umgruppierung der sozialen Kräfte verlangen von der Kommunistischen Internationale die Anpassung der Taktik der kommunistischen Parteien an die veränderten Bedingungen. Entscheidend ist dabei die Frage nach dem Sinn dieses Radikalisierungsprozesses. Haben wir es mit einem revolutionären **Aufschwung** oder mit den letzten Kämpfen einer abflauenden Bewegung zu tun? Sind das **Vorposten- oder Rückzugsgefechte**? Die sozialdemokratischen Parteien sind in erster Linie erstarkt, weil sie sich in Opposition zu dem konservativ-bürgerlichen Block gestellt haben. Der Einfluß der kommunistischen Parteien dagegen wächst sowohl infolge der Rechtsschwenkung der Sozialdemokratie als auch dank dem sozialistischen Aufbau in der UdSSR und — in der Hauptsache — infolge der Widersprüche der teilweisen Stabilisierung. In seinem oben erwähnten Artikel betont Otto Bauer mit Befriedigung, daß der neue Aufschwung keinen revolutionären Charakter trage.

Es handelt sich — schreibt er —

„nur um die oder jene Reform am Kapitalismus, dies oder jenes Stück Macht innerhalb des Kapitalismus.“

Es wird natürlich keiner behaupten wollen, daß wir im Augenblick eine unmittelbar revolutionäre Periode durchmachen. Andererseits aber besteht kein Zweifel, daß es sich nicht um Rückzugsgefechte mit dem angreifenden Kapital, sondern um Vorpostengefechte handelt, die davon zeugen, daß die schlimmste Periode der Depression bereits überwunden ist.

„Trotz der pazifistischen Illusionen und trotz des Verrats der Sozialdemokratie reifen im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft Konflikte von ungeheuerlicher, grandioser Wucht heran.“ (Bucharin.)

Dieser Prozeß stellt vor der Kommunistischen Internationale mit aller Schärfe die Frage der Taktik, die Frage einer geschickten Führung und einer geschickten Ausnützung der nächsten Periode des Klassenkampfes, insbesondere ihres ersten Abschnittes. Der Losung der „Wirtschaftsdemokratie“ müssen wir solche wirtschaftlichen und politischen Tageslosungen entgegensetzen, deren Durchführung eine unvermeidliche Erschütterung der ökonomischen und politischen Macht der Trusts, eine Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung zur Folge haben würde. Darum bleibt als die zentrale Losung unserer Partei nach wie vor die Losung der **Einhheitsfront**. Aber die veränderte soziale Situation erfordert wesentliche **Korrekturen** — nicht in bezug auf die allgemeine Politik, sondern in bezug auf die **Richtung** dieser Losung. Angesichts der sehr starken Rechtsschwenkung der sozialdemokratischen Spitzen muß das ganze Schwergewicht des Kampfes um die Einheitsfront nach **unten** verlegt werden, die Bekämpfung der sozialdemokratischen Führer muß mit doppelter und

dreifacher Energie weitergeführt werden. Die neue Anwendung der Taktik der Einheitsfront muß sich in einer Veränderung unserer Wahltaktik äußern, in dem Sinne nämlich, daß wir auf Kompromisse mit der Labour Party in England, der radikalen Bourgeoisie in Frankreich usw. verzichten. Nicht immer sehen unsere Parteien die ernste Bedeutung des verschärften Kampfes gegen die Sozialdemokratie ein. Dieser mangelnden Erkenntnis entspringen nicht selten grobe opportunistische Fehler. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie wird zudem noch dadurch erschwert, daß es in unseren Reihen noch immer eine sozialdemokratische Agentur in Form des Trotzismus gibt. Während der letzten Gemeindewahlen in der Tschechoslowakei beging das Zentralorgan der tschechischen Kommunistischen Partei „Rudé Pravo“ einen groben Fehler: Es stellte die Radikalisierung der Kleinbourgeoisie fest, die in ihrem Uebergehen von den Nationaldemokraten zur Sozialdemokratie zum Ausdruck kam, begrüßte diese Tatsache und „versprach“ den Sozialdemokraten, ihnen zu helfen, die Kleinbourgeoisie für die sozialdemokratische Partei zu behalten. Einen analogen Fehler beging man in der Tschechoslowakei bei den Betriebsrätewahlen, als die Mitglieder der revolutionären Gewerkschaften nicht für die Liste der roten Gewerkschaften, sondern für die reformistische Liste stimmten. Eine falsche Taktik der Einheitsfront befolgte im letzten Jahr auch die Confédération Générale du Travail Unitaire in Frankreich.

Ein klassisches Beispiel prinzipienlosen Opportunismus' ist die unlängst entstandene rechte Opposition in der Tschechoslowakei (Hula, Skala und Konsorten), die sich, nebenbei gesagt, mit der trotzkistischen Opposition in der KPdSU solidarisiert. In Nr. 25 (Oktober 1927) der Zeitschrift „Der Bote“, die von dieser Gruppe herausgegeben wird, heißt es:

„Die Spaltung im Lager der Arbeiterklasse ist letzten Endes nicht anders zu beiseitigen als durch eine dauernde und ehrliche Zusammenarbeit. Diese ‚Einheitsfront‘ sieht jedoch bedeutend anders aus als die von Jilek und Konsorten propagierte Einheitsfront der Kommunisten mit den Sozialpatrioten und Verrätern.“

Kein Wunder natürlich, daß diese Opposition die Forderung aufstellt, daß die Einheitskomitees, die nunmehr seit ungefähr zwei Jahren in den Betrieben der Tschechoslowakei existieren und auf die Initiative der Kommunisten hin organisiert wurden, von der Partei „unabhängig“ sein sollen.

Angesichts des Angriffs auf die Gewerkschaften, angesichts der „Wirtschaftsdemokratie“ der Sozialdemokraten muß unsere Losung heißen: **S t r e i k f r e i h e i t**, gegen die Verbindlichkeit der kapitalistischen Schlichtungsausschüsse. Die Fragen der Streikstrategie sind in der nächsten Periode zweifellos von dominierender Bedeutung im Klassenkampfe. Unter Hinweis auf die weitgehende Konzentration des Kapitals, durch die die Gewerkschaften auf ökonomischem Gebiet in die Verteidigung gedrängt werden, sowie auf den komplizierten Charakter des modernen Streikkampfes und unter dem Vorwand, vorerst Kräfte sammeln und tragfähige Fonds anlegen zu müssen, verzichten die Reformisten auf jeden Streikkampf überhaupt. Andererseits gewinnen die Streiks politische Bedeutung, wenn breite Massen für sie gewonnen werden und dadurch die wirtschaftliche Macht des Kapitals untergraben wird. Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier schlug darum nicht in einen politischen Streik um, weil es nicht ge-

lang, die elektrotechnische und die chemische Industrie — diese Hochburg des Trustkapitals — mit in den Streik einzubeziehen. Nur in einem solchen Falle hätte sich der Streik auf eine höhere Stufe erheben können.

Schließlich muß man die opportunistische Gefahr betonen, die von manchen der Form nach radikalen taktischen Losungen droht. Von dieser Art sind die Losungen der Produktionskontrolle und der Nationalisierung im Rahmen des kapitalistischen Staates. Sowohl die Arbeiterkontrolle als auch die Nationalisierung hängen zusammen mit der Machtfraße. Diese Losungen können und müssen bei einer unmittelbar revolutionären Situation ausgegeben werden. Jede andere Fragestellung spiegelt im Grunde genommen die reformistische Ideologie des Hineinwachsens des Kapitalismus in den Sozialismus wider.

Wenn wir also die grundlegenden taktischen Schlußfolgerungen aus der Analyse der gegenwärtigen Periode der internationalen Arbeiterbewegung betrachten, so müssen wir sagen: Die Arbeit der Kommunistischen Internationale muß basieren auf einer genauen Berechnung und praktischen Führung des wachsenden ökonomischen Kampfes des Proletariats, auf einer geschickten Verknüpfung der Tagesforderungen mit den großen politischen Aufgaben des Kampfes gegen die Herrschaft der Trusts und des reaktionären Bürgerblocks, auf der Verschiebung der Einheitsfronttaktik nach unten, auf der Konzentrierung der Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf die der UdSSR drohende Gefahr eines neuen Krieges und schließlich auf einem verstärkten Kampf gegen den sozialdemokratischen Schwindel der „Wirtschaftsdemokratie“. Die aktuelle Kampfaufgabe der kommunistischen Avantgarde der proletarischen Revolution ist es, aus den Reihen der Arbeiterbewegung die kapitalistische Avantgarde zu entfernen, die die Maske der internationalen Sozialdemokratie trägt.

LOMINADSE:

DIE HISTORISCHE BEDEUTUNG DES KANTONER AUFSTANDES

Alle uns vorliegenden Nachrichten über die Kantoner Ereignisse stammen vorläufig aus der gleichen Quelle, den Mitteilungen der Korrespondenten der internationalen bürgerlichen Presse und der imperialistischen Agenten von Reuter und Tox. „Angefertigt“ werden diese Mitteilungen in der Festung des englischen Imperialismus im Stillen Ozean, in Hongkong. Es ist natürlich ganz unmöglich, sich auf die Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit von Informationen zu verlassen, die aus einer solchen vergifteten und verleumderischen Quelle stammen. Die volle Wahrheit über den Kantoner Aufstand kennen wir noch lange nicht. Doch welche Größe muß diese volle Wahrheit verkünden, wenn jetzt schon, durch alle Lügen und Unterstellungen der bürgerlichen Presse, der Aufstand der Kantoner Arbeiter in solch heroischem Lichte und solch grandiosen Umrissen erstrahlt!

Der Kantoner Aufstand stellt sich als die erste große selbständige Aktion der chinesischen Arbeiter im Kampfe um die politische Macht dar. Die Kantoner Arbeiter kämpften nicht im Block mit der „nationalen“ Bourgeoisie, sondern im Bündnis mit der Dorf- und Stadtarmut gegen die bürgerlich-grundherrliche Reaktion. In diesem Kampfe tritt das chinesische Proletariat schon als Führer und Leiter aller geknechteten Klassen Chinas auf den Plan. Der Kantoner Aufstand geht nicht mehr unter dem Zeichen der Kuomintang, sondern gegen diese und unter dem Banner der Räte vor sich. Die politischen Positionen des chinesischen Proletariats sind im Dezember unvergleichlich fester, das Proletariat ist in revolutionärer Beziehung bedeutend reifer als im März dieses Jahres beim Schanghaier Aufstand. Dies beweist der ungeheure Schwung des Kantoner Aufstandes. Und wenn es den Kantoner Arbeitern nicht gelang, den revolutionären Umsturz zu festigen, wenn die revolutionäre Rätewacht in Kanton noch kürzere Zeit währte als seinerzeit die revolutionäre Macht der Kuomintang in Schanghai, so liegen die Ursachen nicht in der politischen, sondern in der militärisch-technischen Schwäche der chinesischen Arbeiterklasse, nicht in der Unverlässlichkeit ihres Bündnisses mit der Dorf- und Stadtarmut, sondern darin, daß die bürgerlich-militaristische Reaktion mit ihrem Uebergewicht an militärischen Kräften über das aufständische Kanton herfiel, noch ehe die Bauernschaft auf den Ruf des Aufstandes sich zu erheben vermochte. Die historische Bedeutung des Dezemberaufstandes in Kanton übertrifft jene der Märzaktion der Schanghaier Arbeiter im selben Maße, in dem inzwischen die revolutionäre Entwicklung des chinesischen Proletariats fortgeschritten war.

Ein Vergleich zwischen dem Kantoner Aufstand und dem Wiener Juliaufstand erfordert zweifellos angesichts des ungeheuren Unterschiedes in der ganzen Situation in Zentraleuropa und China die größte Vorsicht. Und dennoch drängt sich dieser Vergleich, gerade infolge der Gegensätzlichkeit des Charakters und der Bedingungen der Arbeiterbewegung in Oesterreich und China, auf, ganz abgesehen davon, daß der Marxismus uns verpflichtet, diese beiden Ereignisse als Teile eines einheitlichen Prozesses der internationalen Revolution zu betrachten. Der Wiener Aufstand hat die ganze Fäulnis und Unzuverlässigkeit der kapitalistischen Stabilisierung in Europa aufgezeigt. Darin lag seine ungeheure historische und internationale Bedeutung. Doch von diesem Gesichtspunkt besitzt auch der Kantoner Aufstand keine geringere Bedeutung. Durch die Stimme der Gewehre und Maschinengewehre hat er der ganzen Welt die Wahrheit verkündet, daß die Kraft der chinesischen Revolution unzerstörbar ist. Der Kantoner Aufstand ging ja nach der dreimaligen Niederlage der chinesischen Revolution vor sich (in Schanghai, Hankau und bei Swatau). Der revolutionäre Umsturz vollzog sich ja in der Hauptstadt der Provinz Kwantung, in der während der letzten acht Monate die grausamste, blutigste Justiz gegen die Arbeiterklasse und die Bauernschaft wütet. In dieser gigantischen Kraft der revolutionären Bewegung der Arbeiter und Bauern Chinas ist auch die schwerste Bedrohung des gesamten Welt- und im besonderen des britischen Imperialismus gegründet. Wenn seinerzeit sogar das revolutionäre Kuomintang-Kanton dem englischen Imperialismus solche

Hiebe versetzen konnte, daß sie dessen Macht im Osten stark erschütterten, so trägt der Aufstieg der Arbeiter- und Bauernrevolution im Süden Chinas eine weitaus furchtbarere Gefahr für den Kolonialbesitz Englands und anderer imperialistischer Länder in sich. Auch dieser Umstand legt den Kantoner Ereignissen die wichtigste internationale Bedeutung bei.

Vergleicht man den Typus des Arbeiteraufstandes vom Juli in Wien und vom Dezember in Kanton, so muß man zu dem Schluß kommen, daß der Kantoner Aufstand als eine weit höhere Form des revolutionären Klassenkampfes als die Aktion des Wiener Proletariats anzusehen ist. Der Aufstand in Wien war ein elementarer, unorganisierter Ausbruch der Entrüstung, welche sich in den Massen der Arbeiterklasse angesammelt hatte; niemand hatte den Aufstand angesetzt noch vorbereitet; er hatte sich nicht bewußt zur Aufgabe gestellt, die Macht der Bourgeoisie zu stürzen und die Diktatur des Proletariats zu erkämpfen; er vermochte nicht, bis zur Losung der Räte zu reifen, es war ein gigantischer Ausbruch, der in wenigen Tagen rasch verpuffte. Die Kommunisten kämpften voll Selbstaufopferung in den Straßen Wiens in den ersten Reihen, aber nicht sie führten den elementaren Ausbruch, sondern das Revolutionär-Elementare führte sie. Ganz anders liegen die Dinge in Kanton. Der Kantoner Aufstand wurde von der chinesischen KP vorbereitet (politisch, organisatorisch und technisch) und durchgeführt. Er verfolgte bewußt das Ziel des Sturzes der bürgerlich-gutsherrlichen Reaktion und die Erkämpfung der Arbeiter- und Bauernmacht. Er setzte unter dem Zeichen der Räte ein. Er stützte sich auf den elementaren Aufstieg der revolutionären Bewegung der Arbeiter- und Bauernmassen, doch er war organisiert. Die Verbindung des Elementaren mit dem Bewußtsein ist es, welche den Kantoner Aufstand unter die höheren Formen der Klassenkämpfe des Proletariats reiht. Endlich aber, zum Unterschied vom Wiener Aufstand, stellt der Kantoner Aufstand sich nicht als rasch verpuffender Ausbruch dar, sondern als Signal und Beginn eines neuen Aufstiegs des revolutionären Kampfes des chinesischen Volkes. Diese letztere Behauptung kann leicht bei jenen Zweifel erregen, welche die besonderen, eigenartigen Züge der chinesischen Revolution nicht beachten, ihre Besonderheit nicht in Rechnung ziehen. In der Tat, wenn man an die Kantoner Ereignisse mit einem Schablonenmaß herantritt, so kommt man zu dem Schluß, daß nach der Niederschlagung des revolutionären Kanton eine lange Depressionsperiode in der Arbeiter- und Bauernbewegung Chinas anbrechen muß, wie dies immer schon nach schweren Niederlagen der Revolution in anderen Ländern der Fall war. Doch von diesem Gesichtspunkt kann man auch nicht einmal die bloße Tatsache des Kantoner Aufstandes erklären . . . oder man müßte ihn als Putsch, als Abenteuer bezeichnen. Ist doch der Kantoner Aufstand fast unmittelbar nach den schwersten Niederlagen der chinesischen Revolution ausgebrochen. Wohl ist es wahr, daß die wilde Orgie des weißen Terrors, die jetzt in Kanton wütet, an Umfang und Grausamkeit alles übertrifft, was die Arbeiter- und Bauernbewegung Chinas vorher zu ertragen hatte. Doch darf man nicht vergessen, daß die Justiz an den revolutionären Massen nach dem Verrat Tschang Kai-scheks und der Oberschicht der

Kuomintang in Hankau auch kein „Scherz“ war. Einen Begriff davon gibt die Feststellung der IAH, daß es im Verlaufe von fünf Monaten — von April bis August — dort 29 000 ermordete Arbeiter und Bauern bloß in fünf Provinzen (darunter die Provinz Kwantung) gegeben hat. Der konterrevolutionäre Umsturz in Schanghai und Hankau, die Niederlage der Armeen von Ju Tin und Je Tin, die Niederwerfung einer Reihe von Bauernaufständen, all dies gab der internationalen Sozialdemokratie und Melancholikern aus der trotzkistischen Opposition mehr als einmal Anlaß, die chinesische Revolution als beendet zu erklären („Das 49er Jahr“ von Otto Bauer) oder doch als für lange Zeit unterbrochen. Wie könnten auch die Sozialdemokraten oder Leute, nach deren Ansicht „die chinesische Kommunistische Partei bequem in der Seitentasche von Wan Tin-wei Platz hätte“, den Kantoner Aufstand für etwas anderes als einen Putsch halten? Doch auch in den Reihen der konsequenten Kommunisten mag man Genossen finden, welche dazu neigen, den Schluß zu ziehen: „Es war nicht nötig, zu den Waffen zu greifen.“ Sieger richtet man nicht, doch bei einem Aufstand, der zu einem so schweren Mißerfolg führt, werfen viele unwillkürlich die Frage auf: „Ob der Aufstand in Kanton denn auch im gegenwärtigen Augenblick zweckmäßig war, ob er nicht vorzeitig war, ob es für Kommunisten nicht richtiger gewesen wäre, die Kräfte für eine ernstere Aktion vorzubereiten und zu sammeln“. Wir halten es für unumgänglich, auf die Fragen mit aller Klarheit zu antworten. Es ist dies auch deshalb unausweichlich, weil die Antwort auf diese Fragen gleichzeitig auch eine Reihe anderer wichtigerer Probleme klären muß: in welcher Etappe befindet sich gegenwärtig die chinesische Revolution und welche muß die Taktik der chinesischen Kommunisten sein?

Was kann Anlaß geben, den Kantoner Aufstand als Putsch anzusehen? Der Umstand vielleicht, daß der revolutionäre Umsturz nicht gelungen ist, daß die aufständischen Arbeiterkommunisten schon nach Ablauf von zwei Tagen niedergeworfen wurden? Wenn man nur nach diesem Anzeichen urteilte, dann könnte man jeden erfolglosen Aufstand als Putsch und Abenteuer hinstellen — und in der Geschichte der revolutionären Kämpfe des internationalen Proletariats hat es nicht wenig erfolglose Aufstände gegeben. Der bewaffnete Aufstand in Moskau im Jahre 1905 dauerte alles in allem nur einige Tage und wurde unterdrückt. Das Gleiche könnte man auch vom Hamburger Aufstand im Jahre 1923 sagen. Der Bolschewismus hat dennoch niemals den Moskauer und Hamburger Aufstand verurteilt, sie nie als Putsche erklärt. Umgekehrt, der Bolschewismus hat diese beiden Aufstände stets als beispielgebende Muster revolutionärer Taktik des Proletariats hingestellt. Es ist klar, daß man aus der bloßen Tatsache der Niederschlagung eines Aufstandes, so groß die Niederlage auch sei, unmöglich auf den abenteuerlichen Charakter des Aufstandes selbst schließen kann.

Waren die objektiven Voraussetzungen für den bewaffneten Aufstand in Kanton vorhanden? Diese Frage muß man mit aller Entschiedenheit zustimmend beantworten. Die allgemeine Lage in China besitzt einen außerordentlich gespannten, unmittelbar revolutionären Charakter. Dies kann niemand bestreiten. Die allgemeine Krise in China

(die ökonomische, politisch-militärische und die Krise der internationalen Lage des Landes) hat den äußersten Grad der Verschärfung erreicht. Wie hat Lenin eine revolutionäre Situation bestimmt? Jedermann kennt die Merkmale, welche Lenin als notwendig in einer objektiv revolutionären Situation bestimmte: „Die Unmöglichkeit für die herrschenden Klassen, ihre Herrschaft in unveränderter Weise aufrechtzuerhalten“; diese oder jene Krise der „Spitzen“, eine Krise der Politik der herrschenden Klasse, welche zu einem Riß führt, durch den die Unzufriedenheit und Empörung der geknechteten Klassen eindringt. Für den Uebergang zur Revolution ist es gewöhnlich nicht hinreichend, daß die „unteren Schichten nicht so weiter leben möchten“, es ist noch notwendig, daß die „oberen Schichten nicht weiter so leben können“. Es hat in der Geschichte noch keine grellere Illustration zu diesen Worten gegeben, als die gegenwärtige Lage in China. Mit kaleidoskopischer Geschwindigkeit entstehen und vergehen, auf den Trümmern der alten chinesischen Despotie, auf den Bruchstücken des asiatisch-feudalen Staatssystems, neue lokale „Regierungsbildungen“, die einander feind sind, eine die andere verschlingen. Die bourgeois-militaristische Reaktion im südlichen Teil Chinas war nicht bloß unfähig, diesen Prozeß des Verfalls und der Zerstörung des alten Gesellschaftssystems zum Stillstand zu bringen oder aufzuhalten, sie hat dessen Tempo noch mehr beschleunigt. Die wachsende Krise der bürgerlich-gutsherrlichen „Oberschichten“ Chinas findet ihren Ausdruck in den ununterbrochenen verbissenen Kriegen der verschiedenen militaristischen Gruppierungen. Der ganze Süden Chinas ist gegenwärtig von diesen Generalkriegen erfaßt. In Kwantung selbst führen mindestens drei militaristische Cliques einen Vernichtungskrieg gegeneinander. Und eben in diesen „Riß“ drang die Empörung der geknechteten Massen in Form einer endlosen Reihe von Bauernaufständen in der Provinz und des Versuchs des revolutionären Umsturzes in Kanton selbst ein.

Das zweite, von Lenin genannte Merkzeichen einer revolutionären Situation: „die ungewöhnliche Verschärfung der Not und des Elends der unterdrückten Klassen“ bedarf für China keiner besonderen Erläuterung. Jedermann kennt die unerhört niedrige Lebenshaltung, richtiger gesagt, das Absterben, dem die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die Stadtarmut Chinas unter dem Joch des ausländischen Kapitals und unter der Herrschaft der Gutsbesitzer, Militaristen und der nationalen Bourgeoisie geweiht sind. Und schließlich, das dritte Kennzeichen der revolutionären Situation:

„Bedeutende Steigerung . . . der Aktivität der Massen, die in einer friedlichen Epoche sich ruhig ausrauben lassen, aber in stürmischen Zeiten sowohl durch die ganze kritische Lage als auch durch die Oberschichten selbst zu selbständigen historischem Hervortreten ermutigt werden“

findet seinen Ausdruck in der sich stets verstärkenden Aufstandsbewegung der Bauernschaft und im stürmischen Wachstum der Streik- und politischen Kämpfe des städtischen Proletariats. Dies trifft sowohl auf ganz China als auch im besonderen auf die Provinz Kwantung zu. In dieser Provinz wuchs die elementare revolutionäre Bewegung der Massen während der letzten Monate besonders stark. Im September war der ganze nordöstliche Teil von Kwantung von einer ungeheuren Feuersbrunst an Bauernaufständen

erfaßt. Dem Bauernaufstand kam die revolutionäre Armee von Cho Lun und Je Tin zu Hilfe. Sie wurde, wie bekannt, bei Swatau geschlagen (die Gründe ihrer Niederlage beanspruchen ein besonderes Studium und liegen hauptsächlich in den opportunistischen Irrtümern der Kommunisten, die an der Spitze der Armee standen). Auch der aufständischen Bauernschaft gelang es nicht, einen großen Sieg davonzutragen. Doch die revolutionäre Bewegung der Bauernschaft wurde keinesfalls endgültig niedergeschlagen. Von den Armeen Cho Luns und Je Tins bleiben zwei Divisionen erhalten, welche zur ersten und zweiten Arbeiter- und Bauerndivision umbenannt wurden. Um diese revolutionären Truppen begann sich die Bauernschaft neuerlich zu sammeln. Anfangs Dezember besetzte die zweite Arbeiter- und Bauerndivision, gestützt auf die Rayons Haisrin und Schufin, fünf Bezirke. In diesen fünf Bezirken wurde die Rätewacht aufgerichtet, zum ersten Male während der ganzen Revolution in China. Der Bauernaufstand greift rasch um sich. In den letzten Tagen brachte der Telegraph Nachrichten über die Besetzung einer Reihe von Städten und Bezirkszentren durch die Bauern. Gleichzeitig vermag sich die Macht der Militaristen in den letzten Monaten im Süden (auf der Insel Hainam) und östlich von Kanton nur in den Städten zu halten. Im Dorfe liegt alle Macht in den Händen der revolutionären Abteilungen der Bauernbünde. Im Oktober kommt dem Bauernaufstand eine Welle der Arbeiterbewegung in Kanton selbst zu Hilfe. Am 14. Oktober besetzt die revolutionäre Gewerkschaft der Seeleute Räumlichkeiten der gelben „Gewerkschaft“. Die gedungenen Führer der gelben „Gewerkschaften“ werden von den Arbeitern auf der Straße hingerichtet. Den Seeleuten folgen andere revolutionäre Verbände. Im Verlaufe von fünf Tagen werden die Klassengewerkschaften Herren der Lage in Kanton. Sie haben sich ihre Legalität ohne viel Umstände erkämpft und sich in den früheren Räumlichkeiten wieder untergebracht. Riesige Demonstrationen der Arbeiter gehen in der Stadt vor sich. Die Fahnen der Kuomintang werden auf den Demonstrationen vernichtet, die Arbeiter marschieren in den Straßen Kantons unter den Fahnen der Räte und dem Stern der Roten Armee. Es gelang Li Ti-sin bald, die revolutionären Gewerkschaften wieder in die Illegalität zurückzudrängen. Die Arbeiterbewegung aber blieb unverändert aktiv. Am 7. November streiken in Kanton alle Druckereien — ein Ereignis aus Anlaß der 10-Jahresfeier des Oktober, das sich nur in China, nur in Kanton abspielte. Nach der Machtergreifung Tschang Fat-keis, der Li Ti-sin gestürzt hatte, beginnt das Arbeiterleben in Kanton besonders stürmisch zu pulsieren. Ununterbrochen werden in der Stadt spontane Meetings und Demonstrationen veranstaltet, welche sowohl gegen Li Ti-sin als auch gegen Tschang Fat-kai gerichtet sind. Die Lockungen des letzteren begegnen auf seiten der Arbeiterschaft der prächtigsten revolutionären Abwehr. Als er sich in seinen Hoffnungen auf die Unterstützung durch die Arbeiter getäuscht sieht, geht Tschang Fat-kai zu blutigen Repressalien über. Jetzt reißt den Kantoner Arbeitern die Geduld. Die Massen stürmen zum Kampf, erheben die Losung des Aufstandes. In dieser Situation organisiert auch die Chinesische Kommunistische Partei den bewaffneten Aufstand in Kanton.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß der Augenblick des Aufstandes in Kanton mit dem Kulminationspunkt des Aufstiegs sowohl der Arbeiter- als auch der Bauernbewegung in der ganzen Provinz Kwantung zusammenfiel. Nicht genug damit, er fiel auch mit der äußersten Verschärfung der Krise der „Oberschichten“ zusammen: wenige Tage vor dem Aufstande war Tschang Fat-kai genötigt, einen bedeutenden Teil seiner Truppen aus Kanton zu verlegen, um die Abwehr gegen die auf die Stadt vorrückenden Truppen Li Ti-sins zu organisieren. Die in Kanton verbleibenden wenigen Regimenter Tschang Fat-kais waren durch kommunistische Arbeit, die in ihren Reihen durch einige Monate verrichtet worden war, genügend „zersetzt“. Es war vollkommene Gewähr dafür vorhanden, daß einige dieser Regimenter an der Seite der aufständischen Arbeiter auftreten. Einen günstigeren Augenblick für den bewaffneten Aufstand konnte man nicht erwarten. Die Kommunisten wählten den entscheidenden Augenblick zum Losschlagen gegen den Gegner vollkommen richtig.

Dies waren die objektiven Voraussetzungen des Kantoner Aufstandes. Wir wissen aber, daß die objektiven Bedingungen für den Sieg der Revolution nicht ausreichen; es ist auch noch notwendig, die „Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, die genügend kräftig sein müssen, um die alte Regierung zu brechen (oder zu knicken)“, welche niemals, selbst nicht in der Epoche von Krisen, „hinsinkt“, wenn man nicht „nachstößt“ (Lenin). Wie stand es nun um diesen Faktor des Aufstandes in Kanton? An der Befähigung des chinesischen Proletariats zu „revolutionären Massenaktionen“ kann, außer den eingefleischten Menschewiki, wohl niemand zweifeln. Es kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß der Kantoner Aufstand sich unmittelbar auf den Aufstieg der Massenbewegung stützte und eine Aktion der Massen selbst darstellt. Die ganze Frage gipfelt darin, ob die Avantgarde des chinesischen Proletariats, die Kommunistische Partei, fähig war, den bewaffneten Umsturz zu organisieren, zu führen und siegreich zu verwirklichen. Wir wissen, mit welcher schwerer Belastung menschewistischer Irrtümer die Chinesische Kommunistische Partei in der Vergangenheit an den Kantoner Aufstand herantrat. Doch die Partei vermochte es, diese Irrtümer in kurzer Zeit zu korrigieren und zu überwinden. Der beste Beweis hierfür ist jene Linie, die die Partei in den letzten Monaten eben in Kwantung durchführte. Nach der Niederlage der Armeen Ho Luns und Je Tins begannen die Kommunisten mit verdoppelter und verdreifachter Energie die revolutionäre Arbeit unter den Bauern. Die gigantische Schwung der Bauernbewegung in der allerletzten Zeit in Kwantung ist in bedeutendem Maße dieser Arbeit der Chinesischen Kommunistischen Partei zu verdanken, deren führender Beteiligung an allen Massenaktionen der Bauernschaft. Und die Haltung, die die Partei in den Tagen des Umsturzes Tschang Fat-kais einnahm? Sie würde jeder großen kommunistischen Partei Europas zur Ehre gereichen. Die Kommunistische Partei Chinas sah den Umsturz Tschang Fat-kais voraus, erkannte frühzeitig dessen konterrevolutionären Charakter und vermochte es, an der unversöhnlichen, feindseligen Linie gegenüber diesem „linken“ General bis zum Ende festzuhalten. Und dennoch trat Tschang Fat-kai unter Fahnen und Losungen

auf den Plan, welche bedeutend „radikaler“ waren als seinerzeit die Losungen Pilsudskis. Und von der Richtigkeit der Linie der Chinesischen Kommunistischen Partei im Augenblick des Aufstandes zeugen ihre Losungen selbst in jener Wiedergabe, welche die imperialistischen Agenturen bringen.

Auf diese Art bildet die Paarung aller objektiven und subjektiven Faktoren eine historische Rechtfertigung des revolutionären Kantoner Aufstandes und gestaltet ihn zu einem vollkommen gesetzmäßigen, ja zu einem unausweichlichen. Eben deshalb betrachten wir ihn auch, ungeachtet aller Schwere der Niederlage, als einen ungeheueren Faktor nicht nur der chinesischen, sondern auch der internationalen revolutionären Bewegung. Welches sind die weiteren Perspektiven des revolutionären Kampfes in China? Wir wollen keineswegs behaupten, daß eine Niederlage, wie jene von Kanton in keiner Weise die revolutionäre Massenbewegung in China schwächt. Nein, der Verlust, den uns die Niederlage gebracht hat, ist groß, und die chinesischen Arbeiter und Bauern werden lange Zeit brauchen, um die blutigen Wunden, die sie in Kanton davongetragen haben, auszuheilen. Wir behaupten jedoch, daß diese Niederlage den Anbeginn eines neuen Aufstiegs der chinesischen Revolution nicht aufhält, richtiger, nicht auf irgendeine bedeutende Zeit aufhalten kann. Worauf stützen wir diese Behauptung? Nicht einfach auf den „Glauben“ an die Unbesiegbarkeit der chinesischen Revolution, sondern auf den Umstand, daß gar kein anderer Weg, außer dem revolutionären, imstande ist, jene Widersprüche zu beseitigen, zu lindern oder zu schwächen, welche die große chinesische Revolution gezeugt und genährt haben. Es gibt in China keine Klasse, keine gesellschaftlichen Kräfte, welche die Entwicklung des Landes auf den Weg des Kompromisses, der Reform lenken könnten. Dies ist in gleicher Weise durch die internationale wie durch die innere Situation ausgeschlossen, in der China sich befindet. Die chinesische „nationale“ Bourgeoisie hat sich in gleichem, wenn nicht in höherem Maße als die alten herrschenden Klassen, unfähig zur Lösung der historischen Aufgaben erwiesen, welche diesem großen Lande erstanden sind. Dazu ist sie zu unreif, zu schwach, zu verfault.

Der Sieg der bürgerlich-militaristischen Reaktion kann die revolutionäre Entwicklung Chinas gerade deshalb nicht unterbrechen oder zum Stillstand bringen, weil die Reaktion die Widersprüche, die die gegenwärtige ökonomische Schichtung durchbrechen, verschärft und zum äußersten Grad der Spannung führt. Alle Redereien von der Möglichkeit eines „preußischen“ oder „Stolypinschen“ Entwicklungsweges in China im gegenwärtigen Augenblick stützen sich auf vollkommen oberflächliche, ausgeklügelte Analogien und sind politisch unrichtig. Die Schwierigkeiten sind groß, doch die Arbeiter- und Bauernrevolution vermag es, sie zu überwinden. China betritt den Abschnitt des Anwachsens und der Verstärkung *grausamer Bürgerkriege*. Neue gigantische Kämpfe und Zusammenstöße stehen bevor. Der Kantoner Aufstand ist nur der Beginn der neuen Etappe.

MESCHTSCHERJAKOW: DIE BAUERNDLEGATION IN DER UdSSR

Unter den verschiedenen Delegationen, die die UdSSR während der Zehnjahresfeier der Oktoberrevolution besuchten, nahm die Bauerndelegation zahlenmäßig einen der letzten Plätze ein. Die Bedeutung, die dieser Delegation zukommt, wird aber bei weitem nicht durch ihre zahlenmäßige Stärke bestimmt. Ihrer Bedeutung nach, die sich in Zukunft noch steigern wird, nimmt sie vielleicht jetzt schon eine der ersten Stellen ein.

Ungeachtet dessen, daß die sozialdemokratische und bürgerliche Presse ständig und in überreicher Fülle die verschiedensten Verleumdungen über die UdSSR ausstreut, fühlen die westeuropäischen Arbeiter, dank ihrem entwickelten Klasseninstinkt, diese Verleumdung, erkennen sie instinktiv als Lüge, obschon diese unaufhörliche Verbreitung von Verleumdungen selbstverständlich gewisse Zweifel aufkommen läßt. Außerdem hatte das Proletariat des Westens in den vergangenen Jahren die Möglichkeit gehabt, seine Delegationen in die UdSSR zu entsenden. In ihre Heimat zurückgekehrt, verlasen diese Delegierten in Tausenden von Versammlungen ihre Berichte und trugen in nicht geringem Maße dazu bei, die verschiedenen Lügen und Verleumdungen zu zerstreuen.

In einer anderen Lage befindet sich die Bauernschaft. Um sie mit geistiger Nahrung zu versorgen, haben die kapitalistischen Länder eine Reihe spezieller minderwertiger Zeitungen organisiert, deren Besonderheit es ist, eine chronische Verdummung der Bauern herbeizuführen. Diese Presse ist beinahe ohne Konkurrenz, die bestrebt wäre, die Einstellung der Bauern der UdSSR gegenüber zu korrigieren. Sie kann daher lügen, wie und soviel es ihr beliebt, ohne fürchten zu müssen, daß man sie dabei vor den Augen der Bauern ertappt. Die Bauernschaft hatte bis dahin noch keine Möglichkeit, ihre Delegationen in die UdSSR zu schicken, die Berichte der Arbeiterdelegationen sind ihnen unbekannt. Außerdem hätte die Bauernschaft von den Berichten der Arbeiterdelegationen nur wenig profitieren können, da die Arbeiter in den Sowjetländern nur auf das ihr Augenmerk richten und nur das studieren, was den Arbeiter interessiert. Der Bauer hat seine eigenen Bedürfnisse, seine eigenen Interessen. Ihn interessieren unsere Landpolitik, unsere landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Lage des Dorfes sowie unsere landwirtschaftlichen Erfolge. Die Arbeiter interessiert das alles weniger, und es ist begreiflich, daß sie in ihren Berichten diese Gebiete nur wenig oder auch gar nicht berühren.

Die zu den Oktoberfeierlichkeiten geladene Bauerndelegation war die erste Delegation dieser Art in der UdSSR. Die Einladung erfolgte auf eigene Initiative der westeuropäischen Bauern. Der „Sojus Sojusow“, die Zentrale der sowjetrussischen Landwirtschafts-genossenschaft, erhielt von zahlreichen Bauernorganisationen Briefe mit der Bitte, den Vertretern der westeuropäischen Bauernschaft die Möglichkeit zu geben, das kennen zu lernen,

was im Verlauf der zehnjährigen Sowjetherrschaft geschaffen worden war. Der Sojus Sojusow hatte noch keinerlei Erfahrung im Empfang von Bauerndelegationen. Die Delegation sollte sich aus Vertretern der verschiedensten Länder zusammensetzen, was nicht geringe Schwierigkeiten in bezug auf ihre Versorgung mit Dolmetschern und Spezialisten verschiedenster Art, die ihnen die notwendigen Erklärungen und Erläuterungen geben konnten, bereitete. Darüber hinaus war die Ankunftszeit der Delegation (Ende Oktober und November, d. h. der Spätherbst) für die Besichtigung des Dorfes und der Landwirtschaft eine äußerst ungünstige. Aus diesem Grunde beschloß der Sojus Sojusow die Zahl der einzuladenden Delegierten und Länder etwas zu beschränken.

Zur Einladung waren nicht mehr als 100 Delegierte vorgemerkt.

In Wirklichkeit erschienen bedeutend weniger Bauern. Dank der „demokratischen“ Ordnung konnte aus einer ganzen Reihe von Ländern, die in direkter Nachbarschaft der UdSSR liegen, nicht ein einziger Delegierter erscheinen; so aus Estland, Lettland, Polen, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien. Ebenso wurde den in Japan gewählten Delegierten die Ausreiseerlaubnis verweigert. Die weite Entfernung verhinderte ferner die Ankunft chinesischer, indonesischer und südamerikanischer Delegierter. In der Bauerndelegation waren 9 Länder vertreten:

Deutschland	11 Personen
Frankreich	7 „
Tschechoslowakei	8 „
Schweden	6 „
Norwegen	2 „
Finnland	2 „
Italien	1 „
Oesterreich	2 „
Mexiko	7 „

Im ganzen 46 Personen

Von diesen 46 Personen waren Kommunisten 22, Sozialdemokraten 3, Parteilose oder anderen Parteien angehörende 21.

Eine jede dieser 46 Personen kam in der Eigenschaft als Delegierter. In allen Ländern, die Delegierte entsandten, wurden von ihren Bauernorganisationen Kampagnen zu ihren Gunsten geführt. Es wurden verschiedene Bezirkskongresse und Versammlungen abgehalten, auf denen die Wahl der Delegierten erfolgte. Ein Teil der Delegierten war von schon bestehenden bäuerlichen Organisationen gewählt worden. Jedenfalls wird ein jeder in seine Heimat zurückkehrende Delegierte über seine Reise Bericht erstatten müssen über das, was er gesehen und gehört. Die Delegierten notierten denn auch, um sich auf diese Berichte vorzubereiten, mit größtem Fleiß alles, was ihnen interessant und lehrreich schien. Besonders war es ihnen um statistische Daten und Diagramme zu tun.

Die Delegierten verbrachten drei Wochen in der UdSSR. Die Hälfte der Zeit benutzten sie zur Besichtigung verschiedener Landesteile. Um den Delegierten Gelegenheit zu geben, eine möglichst große Zahl von Bezirken

zu besuchen, wurden sie in 4 Gruppen eingeteilt: zwei von diesen, bestehend aus Franzosen, Mexikanern, Tschechoslowaken und einem Teil Deutscher, bereisten die Ukraine; die dritte, der nur Deutsche zugeteilt waren, fuhren nach der deutschen Wolga-Republik, und die vierte endlich (Schweden, Norweger und Finnen) besichtigte den Nordkaukasus. Es wurden ausschließlich südliche Bezirke besucht, da eine Reise nach den nördlichen Bezirken im Spätherbst nur wenig Interessantes geboten hätte und mit großen Schwierigkeiten verbunden gewesen wäre. Die Delegierten, die sich nach ihrer Rückkehr in Moskau versammelten, hatten die Möglichkeit, die Eindrücke, die sie während ihrer Fahrten empfangen, auszutauschen.

Die Bauerndelegierten verfolgten mit großem Interesse und großer Aufmerksamkeit jenes Neue, das sie auf ihren Reisen zu sehen bekamen. Besonders interessierte sie die Organisation der Sowjetregierung auf dem flachen Lande. Sie studierten mit Aufmerksamkeit die Dorfsowjets und die Tätigkeit der Amtsbezirks-Exekutivkomitees; sie besichtigten die Lesehütten, die Genossenschaften usw. In besonders günstiger Lage befand sich die deutsche Delegation, die sich auf eigenen Wunsch nach der Wolga-Republik begeben hatte. Die Delegierten konnten sich dank ihren Sprachkenntnissen mit der Bevölkerung persönlich verständigen und begnügten sich daher nicht mit den Angaben der Berichtersteller, sondern kontrollierten und verglichen diese Angaben mit den Angaben der Ortsbewohner. Im Mittelpunkt des Interesses der Delegierten standen hier folgende Fragen: auf ökonomischem Gebiet — Bodeneinteilung und Bodenrecht, das Preisverhältnis zwischen Industrie- und Landwirtschaftsprodukten, Steuerumlagen, Organisation des Kreditwesens und der staatlichen Unterstützung der Landwirtschaft; auf politischem Gebiet — die Sowjetverfassung und die Lage der nationalen Minderheiten, die Beteiligung der Bauern am Verwaltungswesen, die Rolle der Bauernschaft in der Regierung des Landes, die wechselseitigen Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft, der kulturelle Aufbau usw.

Einen besonders großen Eindruck auf die Delegierten machte das einfache und dem Bauern leicht verständliche System einer einzigen landwirtschaftlichen Steuer. Die Delegation stellte fest, daß die dem Sowjetbauern auferlegten Steuerlasten bedeutend niedriger sind, als die, die der deutsche Bauer zu tragen hat, ganz abgesehen davon, daß 35 Prozent Bauernhöfe völlig von Steuern befreit sind.

Nicht weniger waren die ausländischen Delegierten über den Zustand unserer Genossenschaften erstaunt. Unter dem Eindruck der von genossenschaftlichen Bürokraten im Ausland verbreiteten Verleumdung, daß die Genossenschaft in der UdSSR erstickt sei und nur auf dem Papier bestehe, waren die Delegierten der Meinung, sie würden bei uns schwache genossenschaftliche Organisationen vorfinden und daß sie auf diesem Gebiete nichts würden lernen können. Nachdem sie sich im Lande umgesehen hatten, konnten sie sich überzeugen, daß dem nicht so sei.

„Wir sind überrascht von den Erfolgen, die Ihr im Laufe von 5 bis 6 Jahren auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens erreicht habt,“ — sagte ein französischer Bauer. „Jetzt sehe ich, daß im Vergleich zu Eurer Genossenschaft unsere französische Genossenschaft kaum wert ist, so genannt zu werden. Gewiß, auf technischem Gebiet habt Ihr uns noch nicht eingeholt, aber Ihr habt den richtigen Weg

gefunden, um eine Genossenschaft aufzubauen, die den Interessen der werktätigen Bauern dient und nicht den Banken und Großgrundbesitzern. Ihr macht schnelle Fortschritte, und wir können uns nicht vorstellen, in was für einer glänzenden Lage sich Eure Genossenschaft in 10 Jahren befinden wird. Beim Studium Eurer Genossenschaft sind wir zu dem Schluß gelangt, daß jener richtige Weg, den Ihr vorgezeichnet habt, nur unter einer Voraussetzung möglich ist — nur unter der Diktatur des Proletariats, wenn die Macht sich in den Händen der Werktätigen befindet.“

Obschon die Delegationen vom Sojus Sojusow eingeladen worden waren, d. h. einer reinen sowjetrussischen Genossenschaftsorganisation, setzten sie sich in Moskau aus eigener Initiative mit dem Internationalen Bauernrat (Krestintern — Bauerninternationale) in Verbindung. Diese Delegationen standen in regelmäßiger Verbindung mit den Funktionären der Krestintern und teilten ihnen die Eindrücke mit, die sie bei der Besichtigung des Sowjettorfes empfinden.

Ich werde hier einige Auszüge aus Briefen einzelner Delegierter und Gruppen von Delegierten anführen, die diese an die Krestintern und auch an das Präsidium des Sojus Sojusow der landwirtschaftlichen Genossenschaft richteten.

Die aus Schweden, Norwegern und Finnen bestehende Delegation besuchte den Nordkaukasus. An der Spitze der schwedischen Gruppe der Delegierten stand ein Sozialdemokrat. An der Spitze der norwegischen — ein parteiloser Bauer. Von den Finnen war nur ein Delegierter da — ein parteiloser Bauer. Hier ein Auszug aus einer Erklärung, die der Sojus Sojusow von dieser Delegation aus dem Nordkaukasus erhielt.

„Euer geniales Werk — die Vereinigung der Arbeiter und Bauern, als Voraussetzung der Ergreifung und Befestigung der Macht auf dem sechsten Teil des Erdballs, als Grundlage eines ökonomischen, sozialen und kulturellen Aufbaus einer neuen Welt auf dem Territorium des Sowjetbundes, sowie die von Euch bis dahin erreichten positiven Resultate — rufen unsere Bewunderung hervor und stärken in uns die Ueberzeugung, daß Lenin Euch den richtigen Weg in das Land der Zukunft gewiesen hat.“

Wir kommen aus einem Lande, das immer noch unter der Herrschaft des Kapitalismus steht. In unseren Ländern ist die Reaktion zum Angriff übergegangen. Die Ausbeutung der Werktätigen steigert sich, die Lage der Arbeiter und Bauern wird schwerer und schwerer. Die Werktätigen aber haben sich noch immer nicht zur brüderlichen Abwehr zusammengeschlossen. Mit um so größerer Freude wenden wir unsere Blicke Euch zu, den Pionieren, den Siegern, unseren Fahnenträgern im gemeinsamen Kampf. Eure Siege eröffnen eine neue Epoche. Eure weitsichtige und planvolle Arbeit flößt unseren gemeinsamen Feinden unwillkürlich Achtung ein und hält ihre kriegerische Clique noch zurück. Eure siegreiche Revolution und ihre Früchte und die Möglichkeiten einer künftigen Entwicklung, die sie eröffnet hat, sind auch für uns von ungeheurer Bedeutung. Alles das schwächt unseren gemeinsamen Feind, beraubt ihn der Sicherheit, stört seinen Angriff. Unsere eigenen Interessen — die Lebensinteressen der Bauern und Arbeiter unserer Länder — zeigen uns, daß wir alles daran setzen müssen, einen Angriff auf die Sowjetunion zu verhindern Ihr sollt wissen, daß wir mit Euch sein werden im Kampf gegen den Krieg und die Kriegsvorbereitungen. Die nächste Etappe in diesem Kampf wird in der wahrheitsgetreuen Aufklärung unserer Bauern und Arbeiter über Sowjetrußland bestehen. Damit werden wir der gegen Euch geführten Agitation und Lügenhetze entgegenzutreten. Wir werden alles tun, was von uns abhängt, um diese Atmosphäre der Lüge in Finnland, Schweden und Norwegen zu zerstreuen. Es lebe die Vereinigung der Bauern und Arbeiter der ganzen Welt, die ihnen die Macht geben wird.“

Und hier seien noch einige Auszüge aus Erklärungen französischer Delegierter angeführt:

„Nachdem wir Euer Dorf besucht, mit Euern Bauern gesprochen und Eure Genossenschaften gesehen haben, sind wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß in unseren sogenannten demokratischen Ländern das alles auch nicht in einem halben Jahrhundert verwirklicht werden könnte, was Ihr in einer Zeitspanne von fünf Jahren geschaffen habt.

Das französische Volk hat das gut verstanden. Seine Sympathien gehören von nun an immer der Arbeiter- und Bauernrepublik.“

„Es wird unsere Pflicht sein, die Verleumdungen zu zerstören, die über die UdSSR verbreitet werden, Euch zu unterstützen, Euch zu verteidigen und in unserem Land für die Sache der endgültigen Befreiung der Arbeiter und Bauern zu kämpfen.“

„Wir beglückwünschen Euch zu der schon geleisteten Arbeit; wir danken Euch für das, was Ihr uns gelehrt. Es wird uns helfen, Eurem Beispiel zu folgen.“

„Ukranische Bauern! Verteidigt die Errungenschaften der Revolution gegen die Feinde des Sozialismus. Wir sind bereit, Euch zu unterstützen und zu verteidigen, wenn die, die noch für einige Zeit unsere Herren bleiben, Euch in einem Augenblick des Irrsinns würden überfallen wollen, um Euch von neuem unter ihr Joch zu bringen.

Es lebe die Bauernschaft der Ukraine!

Es lebe die Weltrevolution!“

Die Bauerndelegierten haben zusammen mit anderen Delegierten an dem Kongreß der Freunde der UdSSR teilgenommen. Sie haben sich aktiv an den Diskussionen beteiligt. Sie haben einstimmig für die vorgeschlagene Resolution gestimmt. Nicht genug damit, haben sie zwei Tage später, als sie sich zu einer speziellen Bauernberatung zusammenfanden, noch einmal bestätigt, daß sie sich voll und ganz der Resolution des Kongresses der Freunde der UdSSR anschließen.

Ich sagte weiter oben schon, daß die ausländischen Bauerndelegationen aus eigener Initiative die Verbindung mit der Krestintern aufnahmen. Außerdem wandten sie sich an die Leiter der Krestintern mit der Bitte, sie darüber zu informieren, was diese Organisation darstellt, was ihre Prinzipien sind, wie ihre Taktik ist, welcher Art ihre Verbindungen mit den anderen Ländern sind. Um diesem Wunsch entgegenzukommen, organisierte die Krestintern eine spezielle Beratung, auf der die ausländischen Delegierten ihre Angelegenheiten besprechen konnten. Diese Beratung nahm einen ganzen Tag in Anspruch. Auf ihr traten Vertreter aller Länder auf, die Delegierte entsandt hatten.

Der Berichterstatter der Krestintern setzte die vier Grundforderungen dieser Organisation auseinander: 1. Entschädigungslose Enteignung alles Bodens der Großgrundbesitzer und seine Uebergabe in die Hände der Werktätigen. 2. Volles Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis einschließlich des Rechts der Abtrennung. 3. Kampf gegen imperialistische Kriege und Kriegsvorbereitungen. 4. Bündnis der Bauern und Arbeiter als Vorbedingung zur Verwirklichung der Arbeiter- und Bauernmacht.

Die Bauerndelegierten umrissen in ihren Reden scharf die schwere Lage, in der sich die Bauern ihrer Länder befinden, ausgebeutet durch die Grundbesitzer und das Finanzkapital. Sie anerkannten einstimmig, daß sie voll und ganz die grundlegenden Programmpunkte der Krestintern, teilen. Sie baten die Krestintern, so schnell wie möglich den zweiten internationalen Bauernkongreß zu organisieren. Sie baten die Krestintern, sich darum bemühen zu wollen, daß die Bauernschaft aller Länder auch in Zukunft ihre Delegationen in die UdSSR schicken könne, um den Aufbau des Landes zu studieren, da dieses Studium den Bauern der anderen Länder außer-

ordentlich zustatten kommen werde, — nachdem die Macht in die Hände der Werktätigen übergegangen sein wird.

Im übrigen ist zu bemerken, daß die Bauerndelegationen sich nicht nur dafür interessieren, was von dem Wohlergehen der Sowjetbauernschaft zeugte, sondern auch dafür, was auf neue Wege hinwies, die die Sowjetbauernschaft beschritten hat. Sie interessierten sich beispielsweise für unsere Kommunen und Kollektivwirtschaften. Sie erkundigten sich eifrig nach jenen neuen Prinzipien, auf denen die Sowjetgenossenschaft sich gründet, als Instrument des sozialistischen Aufbaus zum Unterschied der Genossenschaften in den kapitalistischen Ländern, als Kampfinstrument gegen das Finanzkapital, denen sich auch die landwirtschaftliche Genossenschaft unterwirft. Alles das läßt erhoffen, daß in die Bauernschaft der kapitalistischen Länder nicht un- die Idee von der Notwendigkeit eines festen Bundes der Bauern und Arbeiter im Kampfe gegen ihren gemeinsamen Feind zu dringen beginnt, sondern auch die Idee des künftigen Bündnisses dieser zwei Klassen im Interesse des sozialistischen Aufbaus. Die Erfahrung der ersten Bauerndelegation genügt natürlich nicht, um mit voller Sicherheit diese Behauptung aufzustellen, jedoch spricht sie stark zu ihren Gunsten.

R. SONTER :

DIE MATERIELLE LAGE DER ARBEITER-SCHAFT IN DEUTSCHLAND ENDE 1927

Die heutige materielle Lage der deutschen Arbeiterschaft ist insofern von besonderem Interesse, als es sich nicht bloß um die Lage in einem x-beliebigen Zeitabschnitt handelt, sondern um eine Periode, die größte prinzipielle Bedeutung hat. Es ist der Zeitabschnitt der schärfsten und konsequentesten durchgeführten Rationalisierung und Konzentration des Kapitals in einem bisher in Deutschland nicht bekannten Umfange. Diese beiden Prozesse sind aber nur Teile des allgemeinen, nämlich der Reorganisation des deutschen Kapitals auf einer neuen imperialistischen ökonomischen Basis. Haben dieser Nachkriegskapitalismus und mit ihm also auch die Nachkriegsrationalisierung, die Konzentration und der neue deutsche Imperialismus eine Reihe spezifischer neuer Seiten, so müssen sich auch diese in einer besonderen spezifischen Lage der Arbeiterschaft ausdrücken. Insofern wird also eine Feststellung der materiellen Lage der deutschen Arbeiterschaft von prinzipieller Bedeutung sein. Sie wird auf die Frage Antwort geben, ob die deutsche Arbeiterschaft in ihrer materiellen Lage jemals wieder eine solche Arbeiteraristokratie entwickeln kann, wie es vor dem Kriege der Fall gewesen ist; ob ein neuer deutscher Imperialismus die Arbeiterschaft überhaupt an seiner Entwicklung beteiligen lassen und interessieren kann. Und eventuell kann sogar die Zeitperiode angedeutet werden, wo ein noch vorhandenes Interesse eines Teiles der Arbeiterschaft eventuell in ein gegenteiliges Interesse umschlagen muß.

Die Arbeitslosigkeit

Seit Anfang November setzt in Deutschland wieder eine Erhöhung der Arbeitslosenziffern ein. Da sie nicht bloß rein saisonmäßig, sondern immerhin auch durch das Abflauen der allgemeinen Konjunktur etwas mitbedingt ist, bietet sich nunmehr die günstige Gelegenheit, den tiefst möglichen Stand der Arbeitslosigkeit bei günstigsten Konjunkturbedingungen festzustellen. 1927 zeigt die Arbeitslosigkeit folgende Entwicklung:

	Dez. 1926	Januar 1927	Mai	Juli	Sept. (in Tausend)	Mitte Okt.	Mitte Nov.
Hauptunterstützungsempfänger	1 748 597	1 827 200	870	541	404	329	339
Krisenunterstützungsempfänger		138 164	234	209	156	113	116
Insgesamt	1 748 597	1 965 364	1104	750	560	442	454

Zu diesen Ziffern kommen noch ungefähr 25 000 bis 30 000 Notstandsarbeiter hinzu. Außerdem stellen sie nach den Angaben der Arbeitsnachweise nur 75 Prozent der tatsächlich vorhandenen Arbeitslosigkeit dar und nach den Angaben der freien Gewerkschaften nur 65 Prozent. Es ist anzunehmen, daß die Schätzung der freien Gewerkschaften genauer ist als die der Arbeitsnachweise, da immerhin eine gewisse Zahl von Arbeitslosen durch die Arbeitsnachweise nicht erfaßt wird. Praktisch bedeutet dies, daß Mitte Oktober, also z. Zt. des günstigsten Standes der Arbeitslosenziffern nach der Schätzung der Arbeitsnachweise ungefähr 555 000 Arbeitslose vorhanden waren. Nach der Schätzung der Gewerkschaften etwa 610 000 bis 620 000. Im Jahre 1906, z. Zt. einer sehr guten Konjunktur, wurde die günstigste Arbeitslosenziffer mit 52 000 angegeben, 1910 betrug die ständige, auch durch günstige Konjunktur nicht zu beseitigende, dauernde Arbeitslosigkeit 138 000, 1913 wird sie auf 200 000 geschätzt, d. h. praktisch, daß wir heute in Deutschland eine ständige Minimal-Arbeitslosenarmee von über 600 000 Arbeitslosen haben, die durch günstigste Konjunkturverhältnisse nicht beseitigt wird. Das ist seit 1913 eine Steigerung der ständigen minimalen Reservearmee des deutschen Kapitalismus um etwa 200 Prozent. Berücksichtigt man das verkleinerte Reichsgebiet, so ist die Steigerung der Minimalarbeitslosigkeit prozentual noch größer. Schon in diesem einen Punkte deutet sich ein wichtiger qualitativer Unterschied im Charakter des heutigen deutschen Kapitalismus gegenüber dem der Vorkriegszeit an.

Die Arbeitszeit

Die vom ADGB veranstaltete Enquete über die Arbeitszeit im Sommer 1927 erfaßte 2½ Millionen Arbeiter und 57 895 Betriebe. Es ergab sich, daß 4,6 Prozent dieser erfaßten Arbeiter Kurzarbeiter waren, daß 47,4 Prozent 48 Stunden arbeiteten und 48 Prozent über 48 Stunden, von denen wiederum 12,3 Prozent über 54 Stunden arbeiteten. Werden die Kurzarbeiter unberücksichtigt gelassen, so bedeutet diese Statistik im günstigsten Falle, daß der Achtstundentag für den kleineren Teil der Arbeiterschaft anzusetzen ist. Diese Angaben bedeuten gegenüber 1924 eine Verschlechterung. Damals arbeiteten 45,4 Prozent (heute 48 Prozent) länger als 48 Stunden. Und der Prozentsatz derjenigen, die länger als 54 Stunden arbeiten, betrug damals 10,7 Prozent (heute 12,3 Prozent). Am schlimmsten steht es in der Textilindustrie. Hier arbeiten 75,2 Prozent über 48 Stunden, dann folgt die

Metallindustrie mit 57,4 Prozent und die chemische Industrie mit 45,5 Prozent.

Also auch hier eine Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse in dem Maße, in dem sich die Rationalisierung, die Konzentration und die neue imperialistische Basis entwickeln.

Der Lohn

Bei den folgenden Ziffern muß berücksichtigt werden, daß das amtliche Material über die Löhne, besonders über die Durchschnittslöhne der gesamten deutschen Arbeiterschaft durchaus gefärbt und außerdem außerordentlich unvollständig ist.

Die Entwicklung der Löhne der gelernten und ungelerten Arbeiter und die Entwicklung der Reallöhne wird durch die folgende Tabelle veranschaulicht:*

Tabelle 1.

Datum	Wochenlohn		Reallohn	
	gelernt	ungelernt	gelernt	ungelernt
1913				
1. Quartal 1924	35,15	23,41	35,15	23,41
1. „ 1925			23,25	18,46
1. „ 1926			29,01	21,63
3. „ 1926			33,10	24,51
Januar 1927			32,38	24,—
Juli 1927	46,36	34,46	32,06	23,83
August 1927	49,17	36,70	32,76	24,46
September 1927	49,09	36,34	33,48	24,99
Oktober 1927	49,02	36,63	33,32	24,90
	49,27	36,84		

Diese Tabelle bedeutet, daß die Reallöhne der gelernten Arbeiterschaft noch nicht einmal den Friedensreallohn erreicht haben, wogegen allerdings bei den ungelerten Arbeitern eine Erhöhung des Reallohns eingetreten ist. Weiter, daß mit dem 1. Quartal 1926 die allgemeine Aufwärtsbewegung nach der Inflationszeit abschließt, dann sich wieder lange Zeit eine Senkung durchsetzt, worauf erst im September und Oktober mit neuen Tarifabschlüssen der Stand vom 1. Quartal 1926 ganz schwach überstiegen wird. Bei den ungelerten Arbeitern vollzieht sich ungefähr derselbe Prozeß. Aber die neue Aufwärtsbewegung nach der Stagnation nach dem 1. Quartal 1926 setzt hier schon etwas früher ein und ist auch quantitativ stärker.

Doch auf Grund der schon gemachten Anmerkung über das Wesen des statistischen Materials, das uns für die Berechnung zugrunde liegt, können wir behaupten, daß der faktische Durchschnittslohn und damit auch der faktische Reallohn nicht unwesentlich niedriger ist, bei den ungelerten Arbeitern tatsächlich kaum das Vorkriegsniveau erreicht haben und bei den gelernten Arbeitern erheblich unter dem Vorkriegsreallohn bleiben dürfte.

Außerdem ist bei der Statistik der Mangel an den vor dem Kriege im allgemeinen vorhandenen kleinen Reserven im Arbeiterbudget (Sparkassenguthaben, Wäsche und Kleidungsvorräte) nicht berücksichtigt, desgleichen

* Die Wochenlöhne sind Durchschnittslöhne, die von „Wirtschaft und Statistik“ errechnet worden sind. Es wurden nur 12 Kategorien herangezogen, wobei die hohen Löhne der Bauarbeiter, also von Saisonarbeitern, mit eingesetzt wurden, die das Gesamtniveau in einer nicht richtigen Art und Weise heben. Der Reallohn ist auf Grund des Lebenshaltungindex von uns seit Januar 1927 errechnet. Bis 3. Oktober 1926 von J. Kretzen in „Die beiden Gewerkschaften in der großen Krise“.

nicht, daß die Besteuerung gegenüber den Vorkriegszeiten bedeutend gestiegen ist und sich nicht voll im Lebenshaltungsindex ausdrücken kann. Weiter muß für den Gesamtdurchschnitt auch die Gesamtarbeitslosigkeit berücksichtigt werden, die den faktischen Reallohn selbstverständlich ebenfalls herunterdrückt. Alles in allem können wir wohl mit einem Reallohn rechnen, der durchschnittlich ungefähr 10 Prozent unter dem hier angegebenen geblieben ist. Selbst der Reformist Braunthal und auch Kretzen kommen, ohne Berücksichtigung einer Reihe der von uns angeführten Fakten zu dem Schluß, daß der Reallohn um 5 Prozent niedriger sein dürfte als der errechnete.

Aber selbst auf der Grundlage dieses Zahlenmaterials, das hauptsächlich von der amtlichen Statistik her stammt und auf Grund dessen wir nur Berechnungen vornehmen können, wird das Bild der Lohnhöhe noch krasser, wenn wir einzelne Arbeiterkategorien anführen.

Tabelle 2.

Kategorien	Durchschnittswochenlohn (Nominal) Oktober		In Prozenten zum Durchschnittslohn			
	gelernt	ungelernt	gelernt		ungelernt	
Kohlenbergbau	49,27	36,84	+	—	+	—
Metall	54,00	38,04	+	9,6	+	3,2
Chemie	47,97	33,31	—	2,7	—	7,5
Papier	44,20	37,34	—	10,3	+	1,3
Textil (männlich)	36,05	32,40	—	26,9	—	12,0
Braunkohlen*	33,12	28,13	—	32,7	—	23,7
	33,44	30,42	—	32,1	—	17,6

Dementsprechend sind natürlich auch die Reallöhne der einzelnen Kategorien über oder unter dem Durchschnitt. Ersichtlich wird aus der Tabelle, daß außer den Bergarbeitern die wichtigsten Kategorien der deutschen Arbeiterschaft unter dem von „Wirtschaft und Statistik“ errechneten Durchschnitt blieben. Nur bei den ungelerten Arbeitern ragen neben den Steinkohlenarbeitern noch die Chemiarbeiter mit 1,3 Prozent über den Durchschnitt heraus.

Neben der Frage nach dem tatsächlichen Lohn und nach dem Verhältnis der einzelnen Kategorien zum sogenannten Durchschnittslohn ist die Frage nach der Bewegung des Durchschnittsreallohnes die nächst interessante und wichtige. Wir haben schon kurz vorher die Bewegung dieser Reallöhne oberflächlich skizziert und die seit kurzer Zeit sowohl bei den Gelernten als auch bei den ungelerten Arbeitern sich durchsetzende Erhöhung mit den jetzt vor sich gehenden neuen Tarifabschlüssen in Zusammenhang gebracht. Die Zukunft dieser Aufwärtsbewegung ist außerordentlich zweifelhafter Natur. Im großen und ganzen macht sich wieder die Tatsache bemerkbar, daß die neuen Tarifverträge neben einem geringen Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Arbeiter meistens wieder langfristig abgeschlossen worden sind. Gerade die Bindung dieser Steigerung an die Zeit der Abschlüsse langfristiger Tarife läßt die Annahme zu, daß sich

* Anmerkung: Bei den Angaben für die Braunkohlenarbeiter haben wir die höchstgezahlten Löhne des Kernreviers Nr. 1 in Mitteldeutschland genommen. Außerdem, um einen besseren Vergleich zwischen Gelernten und Ungelernten zu haben, die Löhne der unter Tage arbeitenden Grubenhandwerker. Diese stimmen wenigstens bei den Gelernten mit den Löhnen der Hauer überein. Angaben über die Löhne der Schlepper haben wir nicht finden können, wenigstens keine zuverlässigen.

nach dieser Periode der großen Tarifabschlüsse sehr schnell wieder die fallende Tendenz der Reallöhne durchsetzen muß. Denn die Unternehmer haben auf die Lohnforderungen schon teilweise mit Preissteigerungen geantwortet. Nur wenn die kommenden Lohnkämpfe mit noch größerer Wucht geführt und die Forderungen der Arbeiter zum größten Teil durchgesetzt werden, gleichzeitig aber auch der Kampf gegen die langen Tarifabschlüsse mit Erfolg geführt wird, nur dann kann es eventuell gelingen, diese seit Anfang 1926 sich durchsetzende stagnierende Tendenz in der Entwicklung der Reallöhne zu beseitigen. Die bisherigen Tarifabschlüsse machen diese Hoffnung sehr gering. Selbst bei lebhaften Kämpfen, wie bei den Braunkohlenarbeitern, sind die Forderungen der Arbeiter faktisch nur in einem sehr unzureichenden Maße erfüllt und die Dauer der Tarife ist bis weit in das Jahr 1928 ausgedehnt worden.

Immerhin können auch die Wucht der letzten Lohnkämpfe und besonders noch die weiter unten zu erwähnenden Verschiebungen in dem Verhältnis der Löhne der gelernten und ungelernten Arbeiter in Verbindung mit der Konjunkturlage und der gesamten politischen Verhältnisse in Deutschland auf einen Umschwung in der Bewegung der Reallöhne hindeuten, der auch einen Umschwung in der Arbeiterbewegung mit sich bringen müßte. Ein solcher Umschwung in der Bewegung der Reallöhne kann nur auf Grund einer Radikalisierung und Revolutionierung nicht bloß schmaler ungelernter Arbeiterschichten, sondern eventuell auch einiger bisher zur Arbeiteraristokratie zu rechnenden Schichten der Arbeiterschaft erfolgen. Doch diese Frage muß erst durch eine genaue Untersuchung der letzten Lohnbewegungen überprüft werden.

Abgesehen von dieser momentan bemerkbaren Erhöhung und von ihrem durchaus noch nicht geklärten Charakter kann im Hinblick auf die gesamte Periode seit dem 1. Quartal 1926 bis zu dieser neu einsetzenden Erhöhung im günstigsten Falle von einer Stagnation, ja sogar von einer Senkung des Lohnniveaus in diesem Zeitabschnitt gesprochen werden. Diese Tatsache ist von ganz besonderer Bedeutung. Denn sie fällt in die Periode der erfolgreichen Durchsetzung der neuen Konzentration, der Rationalisierung und der neuen imperialistischen Basis. Dieser neue deutsche Imperialismus hatte also bislang nicht die Möglichkeit, die Arbeiterschaft irgendwie an seinem Aufschwung zu beteiligen, sondern entwickelte sogar die Tendenz, sie parallel mit seiner eigenen Entwicklung und Stärkung zu verelenden. Und selbst wenn jetzt eine neue Periode der Erhöhung der Reallöhne käme, müßte auf Grund der nun folgenden Ausführungen die Bedeutung dieser Erhöhungen für die Stellung der Arbeiterschaft zum neuen deutschen Imperialismus ganz anderer Natur werden als es eventuell die ständige Steigerung der Lebenshaltung in der Vorkriegsperiode für die Stellung der deutschen Arbeiterschaft zum damaligen Imperialismus mit sich brachte.

Das Lohnverhältnis der gelernten und ungelernten Arbeiter oder die Frage nach der Arbeiteraristokratie

Bei der Gestaltung der Reallöhne hat sich in bezug auf das Verhältnis zwischen Gelernten und Ungelernten eine sehr wichtige Tatsache herausgestellt (Tabelle 1). Die Reallöhne der Ungelernten haben sich im Ver-

hältnis zu denen der Gelernten gehoben und sind sogar auf Grund des amtlichen Materials gegenüber dem Stand von 1913 gestiegen. Auch bei der Tabelle Nr. 2 läßt sich unschwer erkennen, daß sich die Löhne der Ungelernten bei einzelnen Kategorien vom Durchschnittslohn ab nach oben oder nach unten weniger entfernen als die der Gelernten. Ja, sogar bei den Chemiarbeitern sind die Löhne der Ungelernten über dem Durchschnittslohn, während die der Gelernten um einige Prozent unter ihm bleiben. Dies deutet darauf hin, daß sich in der Relation zwischen den Löhnen der Gelernten und der Ungelernten eine Verschiebung zugunsten der Ungelernten durchgesetzt hat. Die Entwicklung bis in den Oktober 1927 wird aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

Tabelle 3.

Jahr	Durchschnittsreallohn		Unterschied in %
	Gelernte	Ungelernte	
1913	35,15	23,41	33,4
1. Quartal 1924	23,25	18,46	20,6
1. „ 1925	29,01	21,63	25,5
1. „ 1926	33,10	24,51	25,8
3. „ 1926	32,38	24,—	25,88
Januar 1927	32,06	23,83	25,7
Juli 1927	32,78	24,46	25,37
September 1927	33,32	24,90	25,31
Oktober 1927			25,13

Diese Tabelle zeigt: vom 1. Quartal 1924 bis zum 3. Quartal 1926 ein Steigen des Verhältnisses zugunsten der gelernten Arbeiter. Für die Zeit gleich nach dem Kriegsende bis 1924 sind leider keine Daten zur Berechnung vorhanden, doch es ist so gut wie sicher, daß bis 1921 ein sehr rasches Fallen des Unterschiedes zwischen Gelernten und Ungelernten eingetreten sein dürfte und dann ungefähr von 1922 an ein allmähliches, langsames Steigen eingesetzt haben muß, das, wie schon gesagt, bis zum 3. Quartal 1926 anhielt, wobei aber schon vom ersten bis zum dritten Quartal 1926 fast von einer Stagnation dieses Verhältnisses gesprochen werden kann. Seit Januar 1927 setzt aber ein ganz eindeutiges Sinken zu Ungunsten der gelernten Arbeiter ein. Zwar ist dieses Sinken prozentual recht schwach, doch ohne Schwankung. Fast parallel mit dieser Bewegung könnte man die wirtschaftliche und politische Bewegung der Arbeiterklasse und ebenso das gewerkschaftliche Organisationsverhältnis der Arbeiterschaft seit Ende des Krieges zeichnen. In den Zeiten, in denen sich das Verhältnis zwischen den Gelernten und Ungelernten zu Ungunsten der gelernten Arbeiter verschob, ist ein deutlicher Aufstieg der wirtschaftlichen und politischen Bewegung der Arbeiterklasse zu verspüren. In den Zeiten, wo sich das Verhältnis wieder allmählich zugunsten der gelernten Arbeiter verschob, vollzog sich eine wirtschaftliche „Beruhigung“. Ziffern über die Zahl der Organisierten in den freien Gewerkschaften würden eine ähnliche Bewegung beweisen.

Genau so wie bei der Entwicklung der Reallöhne zeigt sich im Jahre 1926 im Verhältnis der Löhne der Gelernten zu denen der Ungelernten ebenfalls eine eigenartige Entwicklung. Zeigte die Tabelle 1 eine Stagnation, so zeigt die Tabelle 3 eine deutliche Verschiebung zugunsten der ungelernten Arbeiter. Es gibt für uns keine andere Erklärung als die, daß

hier ebenfalls, wie schon bei den Reallöhnen, die Konzentration, die Rationalisierung und die neue imperialistische Basis sich in ganz bestimmten Formen offenbaren. Diese Fakten äußern sich in einer Verkleinerung der materiellen Basis für eine Arbeiteraristokratie. Und zwar durch eine Steigerung und Erhöhung der materiellen Basis der ungelerten Arbeiter.

Die Frage, ob diese ungelernete Arbeiterschaft sich nun nicht etwa zu einer Arbeiteraristokratie entwickelt und dadurch scheinbar eine Aenderung beider Kategorien eintritt, wird am besten durch die schon gebrachte Tabelle 2 beantwortet. Aus dieser Tabelle geht hervor, daß bis auf die Bergarbeiter die wichtigsten Kategorien nicht einmal den faktisch ziemlich geringen Durchschnitt erreichen. Und die Prozentsätze, mit denen die verschiedenen Kategorien unter dem Durchschnittslohn und damit auch unter dem Reallohn und dem Friedenslohn bleiben, sind teilweise derartig hoch, daß nicht mal von dem Lohne der Chemiarbeiter und zwar der gelernten Arbeiter, geschweige denn von dem der Papier-, Textil- und Braunkohlenarbeiter als von einem Lohne gesprochen werden kann, der die materielle Basis für eine Arbeiteraristokratie abgeben könnte. Der absolute Lohn ist höchstens bei den gelernten Arbeitern des Bergbaus und der Metallindustrie derartig, daß bei der Erfüllung der noch zu erwähnenden zweiten Bedingung von einer materiellen Basis für eine Arbeiteraristokratie gesprochen werden könnte. (Wie schon erwähnt, lassen wir die höchstbezahlten Saisonarbeiter, wie z. B. Bauarbeiter außer Betracht.)

Doch die Frage nach dem Vorhandensein einer Arbeiteraristokratie ist durch die absolute Lohnhöhe nicht vollständig beantwortet. Es müßte eine gewisse große Differenz zwischen den Löhnen der gelernten und der ungelerten Arbeiter hinzukommen. Erst diese beiden Bedingungen schufen die Basis für eine Arbeiteraristokratie.

Nehmen wir jetzt wieder die einzelnen Kategorien und sehen wir uns bei ihnen das jeweilige Verhältnis zwischen den Löhnen der Gelernten und Ungelernten im Verlauf einer Periode von ungefähr vor 2 Jahren an, so wird sich auf Grund der folgenden Tabelle die Frage nach der Arbeiteraristokratie leichter beurteilen lassen. Einmal kann die Frage beantwortet werden, wo die beiden Bedingungen für das Vorhandensein einer Arbeiteraristokratie am besten erfüllt werden, und dann die Frage, wie sich in der Entwicklung des Verhältnisses der einzelnen Kategorien eine Tendenz zugunsten der ungelerten Arbeiter durchsetzt, wobei die Frage nach der Rolle der Rationalisierung in dieser oder jener Industrie bei der Veränderung des Verhältnisses berücksichtigt werden kann.

Tabelle 4

Kategorien	Wochenlohn Gelernte	Okt. 1927 Ungelernte	Proz. Ver- hältnis Okt. 1927	Proz. Ver- hältnis Dez. 1925	Plus oder minus
Bergarbeiter	54	38,04	29,5 %	33,5 %	4 —
Metall	47,97	33,31	30,5	32,5	2 —
Chemie	44,30	37,34	15,7	15,5	0,2 +
Papier	36,05	32,40	10,1	10,1	0
Textil (männl.)	32,12	28,13	15,0	17,7	2,7 —
Braunkohle*	33,44	30,42	8,5	9,9	1,4 —

* Es gilt auch hier die Anmerkung von Tabelle 2.

Diese Tabelle zeigt an Hand einzelner Beispiele recht deutlich, wie sich die allgemein schon aufgezeigte Tendenz der Verminderung der Differenz zwischen den Löhnen der Gelernten und Ungelernten im allgemeinen durchsetzt. Das Interessanteste dabei ist, daß sich diese Verschiebung gerade bei den Kategorien, die einmal besonders hoch im Lohne stehen und andererseits besonders stark der Rationalisierung unterworfen sind, am deutlichsten durchsetzt. Die verhältnismäßig starke Verschiebung bei den so furchtbar jämmerlich bezahlten Textilarbeitern hängt mit der großen Bedeutung der Frauenarbeit zusammen, durch welche die Gelernten immer mehr an Gewicht verlieren*.

Es ist allgemein bekannt, daß die Rationalisierung am allerschärfsten beim Bergbau und in der Metallindustrie durchgeführt worden ist. Die geringe entgegengesetzte Veränderung bei der chemischen Industrie kann zufällig sein, zumindest aber haben wir für sie keine Erklärung. Weiter ist aus der Tabelle ersichtlich, daß je geringer die absolute Lohnhöhe, desto geringer im allgemeinen die Differenz, desto kleiner auch die Basis für die Entwicklung einer Arbeiteraristokratie. Aber sogar diese geringe Basis für eine arbeiteraristokratische Haltung eines Teils der Papierarbeiter, Textilarbeiter, Braunkohlenarbeiter, ja sogar der Chemiarbeiter schrumpft zumindest bei den Textilarbeitern und Braunkohlenarbeitern ganz deutlich zusammen. Dieser Faktor spielte bei den letzten Lohnkämpfen sicherlich eine größere Rolle und wird sie wahrscheinlich auch weiterhin spielen.

Daher auch die außerordentliche Leidenschaftlichkeit der Tarifkämpfe in den letzten Monaten bei den Textil- und Tabakarbeitern, die noch fürchterlicher als die Braunkohlenarbeiter bezahlt sind. Hier ist die Arbeiterschaft infolge des Schrumpfens der geringen Grundlage für eine Arbeiteraristokratie als geschlossene Masse nicht gespalten in den Kampf gegangen. Dagegen ist es bezeichnend, daß im Kohlenbergbau und in der Metallindustrie seit Jahren Kämpfe nur ganz vereinzelt und ohne großen Umfang stattgefunden haben. Trotzdem ist bei den ungelerten Bergarbeitern und Metallarbeitern, deren Lohnhöhe sich von der der gelernten Arbeiter in der Textil-, Papier- und Braunkohlenindustrie nicht wesentlich unterscheidet, die Tendenz zum Kampfe ebenso stark wie bei diesen Kategorien. Nur auf Grund der Tatsache, daß diese Kategorien in eine Arbeiteraristokratie und in die breite Masse der Ungelernten gespalten sind, ist es zu verstehen, daß sich in diesen Industrien seit längerer Zeit keine merklichen Bewegungen gezeigt haben. Die Schärfe des Kampfes auf der einen Seite und die geringe Kampfkraft auf der anderen läßt sich einerseits durch das Bestehen einer Arbeiteraristokratie, andererseits durch die einfache mathematische Formel: 54 Mark Wochenlohn zu 38 Mark und 33 Mark zu 30 Mark erklären.

Um so bedeutender ist die Tatsache, daß sich seit anderthalb Jahren nicht bloß allgemein eine Verminderung des Gegensatzes zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern feststellen läßt, sondern daß sich die aufgezeigte Annäherung der Löhne der gelernten und der ungelerten Arbeiter gerade

* Anmerkung: 1882 war die Mehrzahl der in der Textilindustrie Beschäftigten noch männlichen Geschlechts, 1907 waren schon 50,1 Prozent weibliche Arbeitskräfte beschäftigt, 1925 etwa 70 Prozent. Entnommen der „Gewerkschaftszeitung“, November 1927.

dort am stärksten durchsetzt, wo wir die ausgebildetste Arbeiteraristokratie haben. Die Perspektive ist also durchaus möglich, daß mit der weiteren Durchsetzung der Rationalisierung und der neuen imperialistischen Basis gerade die Arbeiteraristokratie am schärfsten davon berührt wird, daß also im Gegensatz zur Vorkriegszeit sich sogar auch hier, wenn auch nur langsam eine Radikalisierung der Arbeiterschaft der wichtigsten, noch stark „aristokratischen“ Kategorien durchsetzen muß. Auch hier setzt sich also der qualitativ veränderte Charakter des heutigen deutschen Kapitalismus und des neuen deutschen Imperialismus eindeutig durch.

Die sozialpolitische Lage

Während die materielle Lage der Arbeiterschaft keiner unmittelbaren planmäßigen Gestaltung durch das Kapital unterworfen ist und sich „anarchistisch“ unter einzelnen mehr oder weniger offenen Wirtschaftskämpfen gestaltet, wird die sozialpolitische Lage, die öffentlich-rechtliche Regelung einiger Fragen der materiellen Lage, durch im Parlament gebildete Machtgruppen fest umrissen. (Dies gilt so lange, als der parlamentarische Kampf nicht außerparlamentarisch geführt wird.)

Daher haben wir in der sozialpolitischen Regelung der letzten anderthalb Jahre einmal eine viel klarere Durchführung der Richtlinien des Kapitals, d. h. des Bürgerblocks, der Regierung der neuen imperialistischen Reorganisation. Zweitens tritt in dieser Regelung ganz klar der Versuch hervor, den einzelnen für das Kapital unangenehmen Entwicklungen (im ersten Teil geschildert) entgegenzuwirken oder die für das Kapital wünschenswerten Tendenzen noch zu verschärfen. Diese Absichten versuchte das Kapital in einer neuen Regelung des Arbeitszeitgesetzes, der Arbeitslosenversicherung und des Schlichtungswesens durchzuführen.

Das Arbeitszeitgesetz

Das famose Ausnahmegesetz vom Dezember 1923 hatte tatsächlich den Achtstundentag aufgehoben. Um ihn wiederherzustellen, wurden am 1. Dezember 1926 neue Gesetzesbestimmungen erlassen. Diese neuen Bestimmungen enthalten nicht mehr bloß die allgemeine Möglichkeit, der Beseitigung des Achtstundentages, sondern ganz konkrete Anweisungen zu seiner Beseitigung.

Aufgehoben wird der Achtstundentag für die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, Tierzucht, Fischerei, See- und Binnenschifffahrt, Flößerei, Luftfahrt, Hauswirtschaft und für die Heimarbeiter. Weiter für die Beamten der Reichsbahn, der Reichsbank, der Länder und Gemeinden mit Ausdehnung dieser Bestimmungen „im Falle, daß es nötig sein sollte“ auf die Arbeiter und Angestellten der im letzten Satz erwähnten Arbeitsstätten. Ferner für die Arbeitnehmer in wissenschaftlichen, erzieherischen, Heilungs-, religiösen und sittlichen Institutionen und für das gesamte Verkehrspersonal.

Aber selbst diese außerordentlich breite Schicht, für die der Achtstundentag von nun an nicht mehr gelten soll, genügt dem Kapital noch nicht. Ganz allgemein muß noch die Möglichkeit geschaffen werden, für alle Arbeitnehmer den Achtstundentag aufheben zu können. Dies geschieht durch die folgenden Bestimmungen:

§ 11. „Bei Arbeiten, die ihrer Art nach einen ununterbrochenen Fortgang erfordern, beträgt die Wochenarbeitszeit, einschließlich der Sonntagsarbeit, 56 Stunden Eine Verlängerung der 56stündigen Wochenarbeitszeit ist bei Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten, bei Arbeitsbereitschaft und in außergewöhnlichen Fällen zulässig.“

§ 14. „Durch Tarifvertrag können über die nach Absatz 1 zulässigen Grenze hinaus noch bis zu 240 Stunden Mehrarbeit im Kalenderjahre vereinbart werden Ist die Frage der Mehrarbeit nicht tariflich geregelt, so kann das Arbeitsaufsichtsamt sie zulassen“

§ 57. „Die Vorschriften des Arbeitsschutzgesetzes können im Falle eines Krieges oder anderer Ereignisse, welche die Landessicherheit gefährden, durch Verordnung der Reichsregierung außer Kraft gesetzt werden Als die Landessicherheit gefährdend gelten auch Krisen, welche die deutsche Volkswirtschaft so stark treffen, daß die Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung bedroht sind.“

Diese Bestimmungen sind so deutlich, daß sich ein Kommentar völlig erübrigt. Auf Grund dieses Gesetzes ist es beinahe erstaunlich, daß die Verschlechterung in bezug auf die Arbeitszeit, wie sie sich seit 1924 durchgesetzt hat (siehe Abschnitt Arbeitszeit), noch so gering ist (doch es handelt sich ja nur erst um einen Anfang).

Die Arbeitslosenversicherung

Der entscheidende Gesichtspunkt des neuen Gesetzes über die Arbeitslosenfürsorge liegt in der Abwälzung der Lasten vom Staatssäckel zur Hälfte auf die Arbeiterschaft und zur Hälfte auf das Unternehmertum. Die Arbeiterschaft muß 1,5 Prozent vom Grundlohn zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung beitragen. Da die Arbeiterschaft ohnehin schon neben dem 10prozentigen Lohnabzug für Steuern noch eine Reihe anderer Abzüge zu tragen hat, bedeutet dieser neue Abzug eine weitere Verminderung des tatsächlichen Lohnes. Neben dieser Hauptverschlechterung bringt dieses Gesetz noch die folgenden weiteren Verschlechterungen:

War früher der Höchstsatz der Unterstützung 26,30 Mark wöchentlich, so beträgt der heutige Höchstsatz bei der Versicherung 25,20 Mark. Betrag der denkbar niedrigste Unterstützungssatz früher 6,50 bis 5,30 Mark, so ist heute der Unterstützungssatz für einen nicht Alleinstehenden unter 21 Jahren 5,40 Mark. Genügte früher zur Erhebung des Anspruches auf Unterstützung eine 13wöchige versicherungspflichtige Arbeit, so tritt heute eine 26wöchige nachweisbare versicherungspflichtige Arbeit an ihre Stelle. Gab es früher für arbeitslose Landarbeiter wenigstens in der Praxis in einer Reihe von Fällen die Möglichkeit, Unterstützung zu bekommen, so ist diese Unterstützung heute, da die Landarbeiter nicht in die Versicherung mit aufgenommen sind, absolut ausgeschlossen. Einige ganz geringe Ausnahmen für einzelne Kategorien von Landarbeitern dürften kaum von praktischer Bedeutung sein. Auch Arbeitslose, die zwar die Unterstützung erhalten, sich aber im Laufe ihrer Arbeitslosigkeit irgendeinen Nebenerwerb (Streichhölzerverkauf usw. auf der Straße) beschafft haben, wird die Versicherung entzogen. Hier taucht wieder der berühmte Absatz über den Nachweis der Bedürftigkeit in verschleierte Form auf.

Selbst die so berühmte „Krisenfürsorge“ hat sich in ihrer endgültigen Fassung als ausgesprochen reaktionäres Gesetz entpuppt. Zur Krisenfür-

sorge werden zugelassen Arbeiter, die eine 13wöchige, versicherungspflichtige Arbeit, oder das Ende ihrer Arbeitslosenunterstützung nachweisen. Aber für diese letztere Kategorie kommen nur 6 Gruppen in Betracht: die Metall- und Maschinenindustriearbeiter, Leder-, Holz-, Bekleidungsarbeiter, Gärtner und Angestellte. Außerdem müssen die zur Krisenfürsorge sich Meldenden ihre „Bedürftigkeit“ nachweisen. Der Unterstützungssatz bleibt erheblich unter dem der Arbeitslosenversicherung, und Nebenverdienste, selbst der Familienangehörigen, werden einer scharfen Kontrolle zwecks Verminderung des Unterstützungssatzes oder sogar seiner Aufhebung unterworfen. Die Dauer der Unterstützung erstreckt sich auf längstens 26 Wochen. In der Praxis hat sich herausgestellt, daß in die Krisenfürsorge hauptsächlich die Arbeiter eingereiht werden, die endgültig aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet werden sollen, also ältere, schwächere und sehr unqualifizierte. Nach den 26 Wochen liegen auch sie endgültig auf der Straße. Die Arbeitsämter drängen darauf, sie den Gemeinden für die Armenunterstützung zuzuweisen. Die Gemeinden dagegen wehren sich, wie das auf dem letzten deutschen Städtetag deutlich zum Ausdruck kam.

Also alles in allem, auch hier eine deutliche Verschlechterung der Positionen der Arbeiterschaft. Trotz des Jubels der Reformisten, die erklären, daß mit der Arbeitslosenversicherung ein altes gewerkschaftliches Prinzip „gesiegt“ habe.

Das Schlichtungswesen

In Verbindung mit den schon im ersten Teil angedeuteten neuen Erscheinungen im Kampfe um die Erhöhung der Reallöhne, der Radikalisierung und Steigerung der Kampf Stimmung durch eine Annäherung der gelernten und ungelernten Arbeiter, vollzieht sich in der Stellung des Unternehmertums zu dem Zwangsschlichtungswesen eine interessante Wandlung. Dieses Zwangsschlichtungswesen ist an die Stelle der im Dezember 1924 gekündigten Zentralarbeitsgemeinschaft getreten. Das Unternehmertum glaubte sich stark genug, auf diese zu verzichten. Branchen wichtige Lohnkämpfe aus, die großen Umfang und große Wucht annahmen, so trat der Schlichter auf, und ein Tarif, der den Forderungen der Arbeiter zumeist nur ganz gering entgegenkam und für lange Zeiten gelten sollte, wurde für verbindlich erklärt. Da die jetzigen Lohnkämpfe immer mehr einen besonders zähen Charakter annehmen, beginnt das Unternehmertum bei der aufsteigenden Welle in der Arbeiterbewegung die Zweckmäßigkeit dieser Bestimmung anzuzweifeln. Sowohl die „DAZ“ als auch die „Kölnische Zeitung“ fangen an, eine Auflösung dieses Schlichtungsverfahrens mit Wiedereinrichtung der zentralen Arbeitsgemeinschaft oder aber eine Kombination von beiden, zu propagieren. Diese Bestrebungen stecken noch ganz im Anfange. Doch wenn sie sich verdichten sollten, würde dies eine noch weitere Verschlechterung gegenüber der bestehenden Zwangsschlichtung bedeuten. Denn die neue Zentralarbeitsgemeinschaft würde überhaupt die Unterbindung des Ausbruches von großen Lohnkämpfen oder zum mindesten eine wesentliche Einschränkung ihrer Möglichkeit darstellen, während das Zwangsschlichtungsverfahren wenigstens den Ausbruch der Kämpfe und die Eroberung einer gewissen Machtposition durch die Arbeiterschaft nicht hindern kann, wie das die neuesten Kämpfe zeigten.

So bemüht sich die Sozialpolitik der Bürgerblockregierung, teilweise mit lebhafter Unterstützung der Reformisten und Sozialdemokraten, die Lage der Arbeiterschaft zu verschlechtern, die sich andeutende Steigerung des Reallohnes zu durchkreuzen und das enge Zusammengehen immer breiterer Schichten der ungelerten und gelerten Arbeiter zu verhindern. Der Kampf gegen das Kampfschlichtungswesen und gegen die Arbeitsgemeinschaft überhaupt gehört in der jetzigen Periode der Lohnbewegungen zu den aktuellsten Aufgaben.

F. JEZIERSKA :

DIE LAGE IN ITALIEN

Die Wirtschaftslage

Die Lage in Italien wird charakterisiert durch eine schwere Krise, die die gesamte Wirtschaft durchmacht.

Der Beginn der Aufwertung der Lira, der ermöglicht wurde durch die Konsolidierung der Innenschuld mit Hilfe einer zwangsweise durchgeführten Umwandlung der kurzfristigen Schatzscheine in langfristige, ferner durch Einschränkung der Kredite und Herabsetzung des Notenumlaufs, hat einen starken Zustrom an Auslandskapital, insbesondere aus Amerika, zur Folge gehabt. Die Auslandsanleihen Italiens, die in erster Linie den Elektrizitätswerken zugute kamen, umfassen heute zwei Kommunalanleihen für Rom und Mailand, insgesamt 300 Millionen Dollar, von denen etwa 75 Millionen im Jahre 1927 aufgenommen wurden. Dieser Zustrom von Devisen hat seinerseits wiederum auf die Revalorisierung des einheimischen Geldes beschleunigend eingewirkt. Aus diesem Grunde — wohl aber auch wegen der geringen Willigkeit des amerikanischen Kapitalmarktes — sind weitere Auslandsanleihen bis auf weiteres verboten worden. Die rapide Aufwertung der Lira — von 148 pro Pfund Sterling im August 1926 auf 83 im Juni 1927 — hat in den Kreisen der Industriellen große Aufregung hervorgerufen. Ihre Proteste haben der Regierung das Versprechen abgezwungen, die Lira für unbestimmte Zeit auf der Höhe von 90 Lira pro Pfund Sterling zu belassen.

Von den Folgen der Finanzpolitik sind sämtliche Industriezweige, insbesondere aber die Exportindustrie, hart getroffen worden. Zwar weist die Handelsbilanz der ersten acht Monate 1927 im Vergleich zur gleichen Zeitspanne des Jahres 1926 ein geringeres Defizit auf — und zwar ist das Defizit von 6 818 407 946 Lire auf 4 332 611 078 Lire gesunken — doch ist diese Besserung der Handelsbilanz nicht etwa ein Zeichen für eine wirkliche Besserung der Handelsbilanz, nicht etwa ein Zeichen für die Besserung der Wirtschaftslage, wie die faschistische Presse es darzustellen versucht, sondern das geringere Defizit ist die Folge der stark beschränkten Einfuhr. Insbesondere ist die Einfuhr von Rohstoffen zurückgegangen, was im Gegenteil ein

Zeichen für die schlechte Konjunktur der italienischen Industrie ist. Hier einige Zahlen über den Rückgang der Rohstoffeinfuhr, die wir dem Bericht des römischen Wirtschaftskorrespondenten der „Neuen Züricher Zeitung“ (vom 7. Juli 1927) entnehmen:

Einfuhr von Rohstoffen (in den ersten vier Monaten 1927)				
	Menge in Doppelzentnern		Wert in Mill. Lire	
	1927	1926	1927	1926
Rohbaumwolle	869 848	1 011 177	733 867	1 338 361
Gewaschene Wolle	15 117	24 165	40 235	73 670
Kokons	3 311	4 658	18 790	25 755
Guß Eisen	451 051	788 544	23 590	41 102
Roheisen und Rohstahl	271 237	466 101	31 769	55 950

Auch andere Rohstoffe, wie Blei und Bleischrott, Zinn, Zink, rohe und gegerbte Häute, Gummi, Zellulose usw. sind in geringeren Mengen eingeführt worden, was einen Rückgang der Produktion, die von ausländischen Rohstoffen abhängt, bedeutet.

Der Automobilexport hat in bezug auf die Menge der exportierten Waren keinen Rückgang aufzuweisen, doch ist hier das Exportgeschäft mit großem Geldverlust verbunden, weil infolge der Aufwertung der Lira der Verkaufspreis im Vergleich zum vorigen Jahre gesunken ist, während die Besserung der Valuta auf die Produktionskosten noch keinen wesentlichen Einfluß ausüben konnte. Um ihren Absatzmarkt, der durch die Konkurrenz von Ford und Citroen bedroht ist, nicht zu verlieren, sind die Automobilindustriellen gezwungen, ihre Waren, wenn auch mit großem Verlust, zu verkaufen. Ein Beweis für den Rückgang der Produktion auch in der Automobilindustrie wird noch geliefert durch den starken Abbau der Belegschaft der bedeutendsten Automobilfabriken Italiens — der Fiat-Werke, die allein im Monat August d. J. gegen 7000 Arbeiter entlassen haben. Im Verlaufe von zwei Jahren ist die Zahl der in den Fiat-Werken beschäftigten Arbeiter auf ein Drittel gesunken (von 35 000 auf 12 000).

Wie die „Usine“ berichtet, befindet sich die gesamte Metallindustrie Italiens in sehr schwieriger Lage. Die größten Metallwerke — Breda, Ansaldo — haben große Verluste zu verzeichnen infolge des beschränkten Innenmarktes und des ständigen Rückganges ausländischer Aufträge.

In der Textilindustrie wird seit langem nur noch 2—3—4 Tage in der Woche gearbeitet, und nur in der Kunstseidenindustrie steht der sehr geringen Nachfrage im Inland ein noch ziemlich großer Absatz auf dem Auslandsmarkte gegenüber, so daß die Ausfuhr von Kunstseide in den ersten fünf Monaten d. J. im Vergleich zur gleichen Zeitspanne des vorigen Jahres mengenmäßig um 68 Prozent, wertmäßig um 56 Prozent gestiegen ist.

In der chemischen Industrie, die unter der Auslandskonkurrenz stark zu leiden hat, ist die Krise bereits zu einer chronischen geworden.

Auch die Schiffbauindustrie, die sich der besonderen Unterstützung von seiten der Regierung erfreut, hat einen Rückgang der Produktion aufzuweisen. In den ersten drei Monaten des Jahres 1927 ist die Tonnage der neugebauten Schiffe im Vergleich zur gleichen Zeitspanne des Jahres 1926 um 90 000 Tonnen zurückgegangen.

Was die Elektroindustrie anbetrifft, so wird der Mangel an Privataufträgen wieder gut gemacht durch staatliche und kommunale Aufträge, doch wird

in kurzer Zeit auch hier ein Stockung eintreten müssen, und die Lage der Elektroindustrie wird noch verschlechtert werden, wenn sie gezwungen sein wird, mit der Rückzahlung ihrer Auslandsschulden zu beginnen.

Ein weiteres Zeichen der schlechten Konjunktur ist der Sturz der Wertpapiere, den die Faschistenpresse als eine Folge der Aufwertung der Lira darzustellen sucht; doch übersteigt der Prozentsatz des Wertverlustes der Papiere bei weitem den Prozentsatz der Lira-Aufwertung. Die zu 87,50 Lire ausgeschriebene Liktoren-Anleihe wurde zu 60—70 Lire gehandelt und nur in letzter Zeit ist eine Besserung eingetreten, weil die im August d. J. geschaffene Amortisationskasse für die Innenschuld ermächtigt wurde, an der Börse Staatspapiere aufzukaufen. Das Steigen der Wertpapiere in letzter Zeit ist ferner noch auf ein psychologisches Moment zurückzuführen; es wurde eine Verordnung erlassen, die Namen der Konsol-Verkäufer zu veröffentlichen. So ist es dem Staat gelungen, die Börse auf künstliche Weise wieder zu beleben.

Während lebensfähige industrielle Werke und Banken ihre schlechte Lage durch Zusammenlegung der Betriebe zu überwinden suchen — so wurde in letzter Zeit die Zusammenlegung von drei großen mechanischen Werken unter der materiellen Obhut der Banca Commerciale gemeldet, ferner die Verschmelzung von zehn Banken im Piemont usw. — sind die kleineren Firmen, die keine besondere Bedeutung im Wirtschaftsleben erlangt haben, gezwungen, Konkurs anzumelden. Während der Monatsdurchschnitt der Konkurse im Jahre 1924 — 474, im Jahre 1925 — 607, im Jahre 1926 — 654 betrug, sind in den ersten sieben Monaten des Jahres 1927 — 6389 Konkurse gemeldet worden, was einem Monatsdurchschnitt von 913 entspricht.

Die Kapitalvermehrung der Aktiengesellschaften ist in ständigem Sinken begriffen. Im Jahre 1926 betrug sie — wie das offizielle Bulletin des Statistischen Amtes mitteilt — die Hälfte der Summe von 1925. Vom Januar bis einschließlich Mai 1926 gab es 633 neue Gesellschaften, und die Kapitalvermehrung betrug 2236 Millionen Lire. In der gleichen Periode dieses Jahres werden nur 460 Neugründungen und 841 Millionen Lire Kapitalvermehrung angeben.

Arbeitslosigkeit. In Italien ist die Statistik Monopol des Staates. Mitteilungen über Lebenshaltungsindexe, über Engrospreise, Arbeitslosigkeit usw. dürfen nur vom Zentralen Statistischen Amt veröffentlicht werden. Die von der offiziellen Statistik bekanntgegebenen Zahlen für die Arbeitslosigkeit sind folgende:

	1 9 2 6	1 9 2 7
April	98 216	215 316
Mai	98 490	216 411
Juni	83 264	214 603

Diese Zahlen entsprechen jedoch — wie selbst alle Berichterstatter bürgerlicher Zeitungen mitteilen — absolut nicht dem wirklichen Stand der Dinge. Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen wird auf etwa eine halbe Million geschätzt, hinzu kommt noch eine hohe Zahl von Kurzarbeitern, die sich hauptsächlich aus Textilarbeitern rekrutieren. Die Arbeitslosigkeit wird noch verschärft durch den ständigen Rückgang der Emigration infolge von beschränkenden Maßnahmen der Einwanderungsländer. Die Zahl der Auswanderer, die ihren Erwerb in fremden Ländern suchten, war in Italien stets

sehr hoch, und eine der Einnahmequellen, die das Defizit des italienischen Außenhandels deckten, waren die Sendungen der Emigranten, die alljährlich Hunderte von Millionen betragen.

In diesem Jahre nun ist die Zahl der Auswanderer wesentlich zurückgegangen. Baochi gibt folgende Zahlen an:

	Zahl der Auswanderer:
1913	840 000
1926	293 000
I. Halbjahr 1927	54 380

Wie Modigliani in einem Artikel, den das Bulletin des Büros der II. Internationale veröffentlicht, mitteilt, sind die Summen, die die Emigranten senden, so sehr zurückgegangen, daß in den ersten vier Monaten des Jahres 1927 die Postsparkassen 310,2 Millionen mehr an die Auswanderer ausbezahlt haben, als sie von ihnen erhielten.

Die Lage der Arbeiter. Die Arbeiterklasse ist es, die die Kosten der Lira-Aufwertung hauptsächlich zu tragen hat. Um die über die rapide Revalorisierung ergrimmtten Industriellen wieder zu besänftigen, wurde schon im August offiziell vom Staat verordnet, die Löhne um 10 bis 20 Prozent herabzusetzen, obgleich die Lebenshaltungskosten noch in keiner Weise begonnen hatten, sich der Besserung der Lira anzupassen. Die Arbeiter wurden mit dem Versprechen einer Aktion zur Senkung der Kleinhandelspreise abgespeist, doch setzten die Verkäufer dieser Aktion einen zähen Widerstand entgegen. Zwar gingen die Engrospreise zurück, der Detailhandel aber machte diesen Rückgang nur in ganz geringem Maße mit, und manche Gegenstände des täglichen Gebrauchs wurden sogar teurer. Die Verkäufer beriefen sich auf die hohe Steuerlast, die noch vermehrt wurde durch die Zwangsbeiträge für Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, die Steuercharakter tragen.

Im Oktober verlangten die Unternehmer eine weitere Herabsetzung der Löhne, die ihnen von der Regierung auch zugebilligt worden ist, und zwar wiederum im Umfang von 10 bis 20 Prozent. So sind innerhalb weniger Monate die Löhne um 20 bis 40 Prozent gekürzt worden, während das offizielle Bulletin des Zentralen Statistischen Amtes von Mitte Oktober einen Rückgang der Lebensmittelpreise um durchschnittlich 7 Prozent anzeigt.

Die staatliche Regelung der Mietspreise stößt ebenfalls auf den harten Widerstand der Hausbesitzer, so daß auch auf diesem Gebiet die Lage der Arbeiter vorläufig noch keine Erleichterung erfahren hat.

Die Steuerpolitik. Um den Unternehmern noch weiter entgegenzukommen, hat die Regierung Steuererleichterungen beschlossen, und zwar im Umfang von über 1 Milliarde Lire. Die Steuerherabsetzung wird jedoch auf den Kleinhandel nur von geringem Einfluß sein, weil die Höhe der Kommunalsteuern infolge der starken Verschuldung der Kommunen nicht herabgesetzt werden kann. Eine Herabsetzung der Kommunalsteuern würde das Staatsbudget belasten und somit die Herabsetzung der Staatssteuern beeinträchtigen.

Die Landwirtschaft. Besonders schwer betroffen von der allgemeinen Wirtschaftskrise ist die Landwirtschaft. Im Zusammenhang mit der Aufwertung der Lira ist in sämtlichen landwirtschaftlichen Produkten

ein starker Preissturz eingetreten. Seit Anfang dieses Jahres fiel der Weizenpreis von 180 Lire auf 123 Lire pro Quintal. Wie der „Corriere d'Italia“ mitteilt, hat der italienische Getreidebauer im Vergleich zum vorigen Jahre 15 Prozent durch verminderten Ernteertrag verloren, 40 Prozent durch den Sturz der Preise. Die Steuererleichterung, die Verminderung der Düngepreise und der Löhne haben den italienischen Landwirt nur in geringem Maße für diese Verluste entschädigt.

Erschwert wird noch die Lage der Landwirtschaft durch den Umstand, daß die im Vorjahre aufgenommenen Kapitalien in aufgewertetem Gelde zurückzuzahlen sind.

Katastrophal gestaltet sich die Lage der kleinen und mittleren Bauern, die unter der Last schwerer und mit größter Rücksichtslosigkeit eingetriebener Steuern förmlich zusammenbrechen.

Der Verband der faschistischen Landwirte hat der Regierung konkrete Forderungen eingereicht, wie: die Herabsetzung der Steuerlast, der Frachten für landwirtschaftliche Produkte, die Abschaffung der Einfuhrzölle für landwirtschaftliche Maschinen, langfristige Kredite. Die Herabsetzung der Preise für Düngemittel und schließlich die Herabsetzung der Löhne und Abschaffung belastender Klauseln des Arbeitsvertrages.

Ist die Lage der Industriearbeiter eine äußerst schwierige, so hat die Ausbeutung der landwirtschaftlichen Arbeiter jetzt ganz ungeheuerliche Formen angenommen. Der ohnehin sehr kärgliche Lohn des Landarbeiters ist — trotzdem die Landwirte in ihrer Eingabe an die Regierung selbst darauf hinweisen, daß die Lebenshaltungskosten trotz der Aufwertung der Lira nicht gesunken sind — in letzter Zeit um 10 bis 15 Prozent, der der Reisfeldarbeiterinnen sogar um 30 Prozent gekürzt worden. Diese elende Lage der Landarbeiter hat bereits zu Massenbewegungen und Streiks geführt, die zum Teil gewisse Erfolge zu verzeichnen hatten.

*

Die unmittelbare Ursache der jetzigen Krise in Italien ist zweifellos in der Revalorisierungspolitik der Regierung zu suchen; andererseits aber ist sie bedingt durch die internationale wirtschaftliche Lage und die Struktur des italienischen Kapitalismus.

Der jetzige Krisenzustand hängt also nur zu einem Teil von der Wirtschaftspolitik des Faschismus ab und kann darum nicht als eine vorübergehende Deflationskrise betrachtet werden.

Italiens Industrie hatte in den Nachkriegsjahren einen starken Aufschwung genommen, der Mitte 1925 seinen Höhepunkt erreicht hatte. Die niedrige Valuta, die äußerst niedrigen Arbeitslöhne, die durch das faschistische Regime gesichert waren, ferner das Fehlen Deutschlands als Konkurrent auf dem Außenmarkt hatten der italienischen Exportindustrie weite Möglichkeiten eröffnet. Im Jahre 1925 setzte eine Wirtschaftskrise ein. Das Erscheinen Deutschlands auf dem Außenmarkt, die Einfuhrbeschränkungen in anderen Ländern, insbesondere in Frankreich, und schließlich die protektionistische Politik der italienischen Regierung setzten der Einfuhr Schwierigkeiten in den Weg. Diese Schwierigkeiten werden immer größer, je mehr sich Amerika, England, Frankreich und Deutschland auf dem Außenmarkt festigen, und können nicht kompensiert werden durch die

Lohnbaupolitik der Regierung. Zur Erhöhung der Schwierigkeiten trägt hingegen die immer geringer werdende Aufnahmefähigkeit des Innenmarktes bei, bedingt durch die Verarmung des Kleinbürgertums und die elende Lage des Proletariats.

Da Italien ein an Rohstoffen sehr armes Land ist, so ist es gezwungen, den Rohstoffbedarf seiner Industrie aus dem Auslande zu beziehen. Auch das im Inlande erzeugte Getreide reicht für den Bedarf des Landes nicht aus, so daß alljährlich Getreide aus dem Auslande eingeführt werden muß.

Die Passivität der Handelsbilanz, die durch den hohen Import entsteht, wurde in früheren Jahren gedeckt durch drei Aktivposten der Zahlungsbilanz: Die Rücksendungen der Emigranten, den Fremdenverkehr und die Einnahmen der Schifffahrt. Im Zusammenhang mit dem Rückgang der Emigration, auf den wir bereits hingewiesen haben, ist die Summe der Rücksendungen im ständigen Sinken begriffen. Der Fremdenverkehr geht infolge der Teuerung ebenfalls zurück; in diesem Jahre schätzt Prof. Bacchi den Rückgang auf 40 Prozent im Vergleich zum Jahre 1926 (1,86 Milliarden gegen 3,1 Milliarden). Auch der Passagier- und Frachtenverkehr ist im Zusammenhang mit dem Sinken der Ein- und Ausfuhr und des Fremdenverkehrs im Rückgang begriffen.

Die politische Lage

Die Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung haben Proteste von seiten der Industriellen und der Landwirte hervorgerufen. Delegationen mit Beschwerden wurden in so hoher Zahl zur Regierung entsandt, daß schließlich eine Verordnung erlassen werden mußte, die die Polizeikräfte mit der Prüfung der Beschwerden beauftragte.

Diese Unzufriedenheit in Kreisen des Großbürgertums hat den Reformisten den Glauben gegeben, es bestünde ein tiefer Gegensatz zwischen den Führern der Wirtschaft und den politischen Führern des Staates, und sie mit der Hoffnung erfüllt, außerhalb der Arbeiterklasse, im Lager des Bürgertums, Verbündete für ihren „Kampf“ gegen den Faschismus zu finden. Die Reformisten glauben, es gebe innerhalb des Bürgertums Gruppen, die eine Gesundung der Wirtschaft auf der Grundlage eines progressiven Kapitalismus verlangen und die Erfüllung ihrer Wünsche von einem anderen politischen System erwarten. Doch ist dieser Standpunkt vollkommen falsch. Die Unzufriedenheit gewisser Kreise des Bürgertums ist nicht gegen das System der faschistischen Wirtschaftspolitik gerichtet, es wird keine von Grund aus andere Politik verlangt. Was gefordert wird, sind Zugeständnisse auf diesem oder jenem Gebiet, für diese oder jene Wirtschaftsgruppe (Steuerermäßigungen, Lohnkürzungen, Zollfreiheit für landwirtschaftliche Maschinen usw.). Für solche Zugeständnisse, insbesondere, wenn ihre Kosten von der Arbeiterklasse getragen werden, pflegt die italienische Regierung ein williges Ohr zu haben. Selbstverständlich ist die Regierung nicht imstande, allen Forderungen der Industriellen und Agrarier entgegenzukommen, und darum muß in gewissen Kreisen eine Unzufriedenheit fortbestehen. Da der Krisenzustand eine gewisse Verschiebung in den Eigentumsverhältnissen des Bürgertums mit sich bringt, so ist das Vorhandensein einer Schicht von Unzufriedenen, die das persönliche Mißgeschick zu

Feinden des bestehenden Regimes macht, nur ein Zeichen für eine Krise im sozialen Leben des Landes. Die These der Reformisten und Demokraten, daß der Faschismus einem progressivkapitalistischem Regime Platz machen wird, das im jetzigen Gegensatz zwischen Regierung und Bürgertum seinen Ursprung hat, ist völlig falsch. Das Bürgertum in seiner Masse ist sich vollauf bewußt, daß kein anderes Regime seine Interessen so gut zu verteidigen weiß, wie das faschistische, daß nur der Faschismus ihm unbegrenzte Möglichkeiten für die Ausbeutung der Arbeiterklasse sichert. Im übrigen weiß das Bürgertum auch, daß die Revalorisierungspolitik der Regierung für die gesamte Wirtschaft Italiens ein geringeres Uebel ist, als die Fortsetzung der Inflationspolitik, die ein noch rascheres Tempo der Krise verursacht hätte.

Der Faschismus beherrscht heute den gesamten Staatsapparat. Der Staat aber greift in die gesamte Wirtschaft ein, er ist der ausschließliche Diktator des Wirtschaftslebens, dessen sämtliche Erscheinungen er durch gesetzliche Verordnungen und Verfügungen zu regeln versucht. Es ist heute nicht mehr möglich, in Italien den Kapitalismus vom Faschismus zu trennen. Sie sind so miteinander verwachsen, daß der Sturz des Faschismus unbedingt auch den Beginn des Zusammenbruches des kapitalistischen Systems bedeuten muß.

Das Kleinbürgertum, das die soziale Basis des Faschismus gewesen ist, als dieser zur Macht schritt, sieht sich immer mehr um die Hoffnungen betrogen, die es auf das neue Regime gesetzt hatte. Die Verelendung treibt es immer zwingender in das Lager des Proletariats. Es ist so eine Verschiebung in der sozialen Basis des Faschismus vor sich gegangen, der sich jetzt hauptsächlich auf die Großbourgeoisie und nur in geringem Maße auf das Kleinbürgertum stützt.

Unter den Bauern geht eine starke Differenzierung vor sich. In den Jahren 1919/1920, der Zeit des allgemeinen revolutionären Aufschwungs, wurde von den kleinen Bauern und den Landarbeitern zum erstenmal das Problem des Bodenbesitzes gestellt und die Verteilung des Bodens an diejenigen, die ihn direkt bearbeiten, verlangt. Den Gegensatz zwischen Großgrundbesitzern einerseits und Kleinbesitzern, kleinen Pächtern und Halbpächtern andererseits, vertiefte sich, der Klassenkampf auf dem Lande begann scharfe Formen anzunehmen. Die Landarbeiter traten in Massen der Sozialistischen Partei bei, es entstanden unabhängige Bauernparteien, vor allem aber gewann die 1919 gegründete Partei der Popolari (Volkspartei) einen ungeheuren Einfluß auf die Bauernmassen.

Dieser Prozeß erlitt zunächst eine gewisse Unterbrechung durch den Faschismus. In der Zeit der Entstehung des Faschismus stand ein großer Teil der Bauern dieser Bewegung mit Sympathie gegenüber. Zunächst war das kleinbürgerliche Programm, das die Faschisten sich damals zu eigen gemacht hatten, ein Anziehungsmittel für die Bauern, andererseits fürchteten sie das Agrarprogramm der Sozialisten, das zwar keine klaren Formulierungen enthielt, aber doch die Enteignung des gesamten Grund und Bodens vorsah. Die Bauern fürchteten den Verlust ihres Bodens, den sie sich in den ersten Nachkriegsjahren, als die Grundbesitzer aus Angst vor der Revolution den Boden billig verkauften, erworben hatten.

Als aber der Faschismus an die Macht gelangt war, da zeigte es sich sehr bald, daß er nicht die Interessen der Bauern, sondern die der Grundbesitzer verteidigte, und der Prozeß der Differenzierung auf dem Lande setzte in schärferer Form wieder ein.

Nachdem die Faschistenregierung jede selbständige Bauernbewegung unterdrückt und so den Bauern jede Möglichkeit der Selbstverteidigung genommen hatte, leitete sie eine Steuerpolitik ein, die zur vollkommenen Verelendung der Bauernmassen führen mußte. Die Ersparnisse, die in der Nachkriegszeit ermöglicht wurden durch die hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte, gehen den Bauern teils durch Steuern, teils durch die Inflation wieder verloren. Die allgemeine Verarmung des Proletariats und des Kleinbürgertums in Stadt und Land hat den Konsum an landwirtschaftlichen Produkten sehr verringert — im letzten Jahr wurden Fleisch, Reis, Wein usw. in viel geringeren Mengen abgesetzt, als in früheren Jahren, und dieser Umstand, ferner die Aufwertungs politik der Faschistenregierung haben die schwere Krise in der gesamten italienischen Landwirtschaft verursacht, von der bereits oben die Rede war. Diese Krise, deren Ursachen die Bauern in der Wirtschaftspolitik der Faschisten sehen, trägt dazu bei, die vollständige Loslösung der Bauernmassen von den Faschisten zu beschleunigen. Hier, wie in der Stadt, tritt eine Verschiebung in der sozialen Basis des Faschismus ein — das Kleinbürgertum wendet sich von ihm ab, und die Großgrundbesitzer bleiben auf dem Lande die einzige Stütze des Faschismus.

Die Parteien. Von den politischen Oppositionsparteien sind alle, mit Ausnahme der Kommunistischen Partei, vom italienischen Erdboden verschwunden. Ihre Führer haben sich leiten lassen von der Formel „in Italien ist heute nichts zu tun“ und sind ins Ausland gegangen, wo sie vom sicheren Hafen aus einen ideologischen Kampf gegen den Faschismus führen. Vor mehreren Monaten ist eine demokratische Einheitsfront, bestehend aus Republikanern, Reformisten und Maximalisten, ferner aus dem Pariser Gewerkschaftsbüro (Buozzi) und der Liga für Menschenrechte, gebildet worden, die den Namen Konzentration trägt. Wie einst dem „Aventin“-Block, so fällt es auch der Konzentration schwer, sich auf ein bestimmtes Programm festzulegen, weil ihre Zusammensetzung eine sehr mannigfaltige ist. Da es in der „Konzentration“ auch Monarchisten gibt, so wagt sie es nicht einmal, für Italien die Republik zu fordern, sondern sie beschränkt sich auf die Forderung der Demokratie.

Nicht alle Mitglieder der Maximalistischen Partei gehören der „Konzentration“ an. Ihr linker, proletarischer Flügel will mit der „Konzentration“ nichts zu tun haben und ist anstatt dessen den proletarischen Antifaschisten-Komitees beigetreten. Die maximalistische Parteizentrale bekämpft diese Strömung, so ist vor kurzem die Pariser maximalistische Organisation aufgelöst worden, weil sie in ihrer Mehrheit anti-konzentrationistisch war.

Auch in der Partei der Reformisten bestehen Gegensätze zwischen Arbeitern und intellektuellen Führern, die bereits zu verschiedenen Ausschlüssen geführt haben.

Im allgemeinen besitzt die „Konzentration“ keinen Anhang in den breiten Massen, sie leitet auch keine Arbeit unter den Massen, sondern beschränkt

sich darauf, zu internationalen demokratischen und sozialistischen Konferenzen, Delegationen oder an den Völkerbund Proteste zu senden.

Die Außenpolitik der Faschistenregierung

Die Folge der Wirtschaftspolitik des Faschismus in den letzten Jahren ist ein stark ausgebauter Industrieapparat, dem ein sinkender Absatz im Auslande, ein geschwächter Innenmarkt infolge der geringen Kaufkraft der Bevölkerung und fast vollständiger Mangel an eigenen Rohstoffquellen entgegenstehen. Diese ausweglose Lage der italienischen Wirtschaft zwingt die Regierung, sich nach Rohstoffen und Absatzmärkten für Industrieprodukte und überflüssig gewordene Arbeitskräfte außerhalb der Grenzen des Landes, nach neuen Territorien überhaupt, umzusehen.

Als Italien in die Reihen der imperialistischen Staaten eintrat, da war die Aufteilung der Welt bereits vor sich gegangen, die besten Kolonien waren bereits in sicheren Händen und was Italien übrig blieb, war „eine Schachtel voll Wüstensand mit ein paar Palmenbäumen“, wie man in Italien zu sagen pflegte. Die Urbarmachung des Bodens von Tripolis und Cyrenaica erfordert ungeheure Summen, außerdem wird die Kolonisationsarbeit erschwert durch den ständigen Kampf der Senussisten. Auch in Erythrea erforderte die Bebauung des sandigen Bodens große Kapitalien, während der für den Ackerbau günstige Boden sich in Händen der Eingeborenen befindet und keine fremden Arbeitskräfte aufzunehmen fähig ist. Das Somali-Land, das direkt unter dem Aequator liegt, eignet sich wegen seiner klimatischen Verhältnisse nicht zur Ansiedlung italienischer Arbeiter. Alle großen Unternehmungen (Baumwolle und Zuckerrohr) sind gezwungen, mit einheimischen Kräften zu arbeiten.

Es ergibt sich also für die italienische Bourgeoisie die Lage, daß ihre Kolonien keine Lösung für das Problem des Absatzmarktes für Waren und Arbeitskräfte bieten.

In allen Interviews, die Mussolini an ausländische Journalisten erteilt, beschwert er sich bitter über die ungerechte Verteilung der Kolonialmandate. Von der Mandatkommission des Völkerbundes hofft er eine Revision der Kolonialmandate zu erreichen. Aber Mussolini verläßt sich nicht zu sehr auf den Völkerbund. Er hat mehr Vertrauen zu seiner eigenen Außenpolitik, der in den letzten Jahren oft genug ein Dämpfer — meist von Seiten Englands — aufgesetzt werden mußte, damit sie nicht zu offenen Kriegsabenteuern führte. Insbesondere richtet sich die Außenpolitik Italiens gegen Frankreich, dessen Vorherrschaft im Mittelmeer Italien immer mehr zu verdrängen sucht. Die politische und wirtschaftliche Durchdringung Albaniens, die Einkreisung und Isolierung Jugoslawiens durch eine Annäherungspolitik an Bulgarien, Rumänien und Ungarn — all das zielt darauf ab, auf dem Balkan feste Positionen zu gewinnen und dadurch die Machtstellung Frankreichs zu schwächen und die Türkei auszurauben.

Der jüngst abgeschlossene Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und Jugoslawien hat die Gegensätze zwischen Italien, dem Ungarn und Bulgarien zur Seite stehen, einerseits und Frankreich und Jugoslawien andererseits noch vertieft.

Den Hieb, der Italien durch den Abschluß des Vertrages versetzt wurde,

beantwortet Italien mit einem Bündnisvertrag mit Albanien, der einem vollständigen Protektorat über Albanien gleichkommt. Wirtschaftlich war Albanien bereits vollkommen in Italiens Händen, der neue Vertrag bedeutet den Ausbau Albaniens zu einer militärischen Festung Italiens, die im zukünftigen Balkankrieg für Italien von größter militärischer Bedeutung sein wird.

Die gesamte Außenpolitik der Faschistenregierung weist darauf hin, daß Italien sich immer mehr zu einem aktiven Faktor der allgemeinen Kriegsgefahr entwickelt. In seinen imperialistischen Bestrebungen wird Italien — bis zu einer gewissen Grenze, d. h. solange die eigenen Interessen nicht gefährdet werden — von England unterstützt, für das eine Schwächung des französischen Einflusses am Mittelmeer von Vorteil ist. Außerdem hofft England, im Faschismus einen sicheren Verbündeten gegen Sowjetrußland zu finden, und um diesen Preis ist es zu Zugeständnissen bereit, besonders wenn diese Zugeständnisse nicht aus eigener Tasche bezahlt zu werden brauchen.

Die Gewerkschaftspolitik der Regierung. Bekanntlich sind auch die Gewerkschaftsführer, die nicht zum Faschismus übergegangen sind, ins Ausland emigriert. Die in Italien unter kommunistischer Führung arbeitende Allgemeine Gewerkschaftsföderation wird weder von dem Pariser Büro Buozzi, noch von der Amsterdamer Internationale anerkannt, von der Regierung aber, obgleich sie sie nicht aufgelöst hat, aufs rücksichtsloseste mit Verbannung und Kerkerstrafen verfolgt.

Die Gewerkschaftspolitik der Faschistenregierung ist jetzt in eine neue Phase getreten, in die Phase des „Korporativismus“. Die Korporation ist eine höhere Einheit, in der Arbeitergewerkschaften und Unternehmerverbände unter der Leitung des Korporationsministeriums miteinander vereinigt sind. Für die in den faschistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter hat sich damit nichts geändert. Sie werden nach wie vor zwangsweise in die Organisation getrieben, in der jede selbständige Regung verboten ist und an deren Politik sie kein Mitbestimmungsrecht haben. In der Korporation, wo Arbeit und Kapital vertreten sind, ist der Einfluß der Arbeiter noch geringer als in den Arbeitergewerkschaften. Die Funktionäre der Korporationen werden von oben bestimmt, und sie sind es, die, ohne die Masse der Organisierten zu befragen, als ihre „Vertreter“ in Wirtschaftsausschüssen und Komitees auftreten.

Anfang November hat der große Faschistenrat beschlossen, den Entwurf für eine neue Verfassung für den italienischen Staat auszuarbeiten, dem das Korporationssystem zugrunde liegen soll. Den bisherigen Meldungen zufolge sollen nur diejenigen das passive Wahlrecht haben, die einen Gewerkschaftsbeitrag zahlen, während das aktive Wahlrecht noch anderen, von der Regierung zu bestimmenden Schichten eingeräumt werden soll. Die Kandidatenliste wird vom großen Faschistenrat geprüft, der das Recht hat, die Liste zu vervollständigen und diejenigen zu streichen, deren faschistische Gesinnung ihm nicht genügend zuverlässig erscheint. Die so zusammengesetzte Kammer behält den offiziellen Namen „Volksvertretung“, hauptsächlich wohl, um nach außen hin, insbesondere dem Auslande gegenüber, den Schein einer gewählten Körperschaft zu wahren.

Die Arbeiter- und Bauernrevolten. Die Arbeiterklasse

Italiens lebt seit Jahren in schlimmster Knechtschaft. Nachdem die Klassenorganisationen zerschlagen worden waren, um an ihre Stelle sogenannte „Arbeiterorganisationen“ treten zu lassen, deren Tätigkeit gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet ist, waren der Ausbeutung der Arbeiter keine Schranken gesetzt. Die ständigen Lohnkürzungen haben schließlich das Elend des Proletariats ins Unerträgliche gesteigert. Im letzten Jahre hat es eine ganze Reihe von Streikbewegungen der Fabrik- und Landarbeiter gegeben, von denen jedoch in der Presse nichts gemeldet werden durfte. Diese Streiks, an denen meist auch die faschistischen Arbeiter teilnahmen, trugen noch einen spontanen, unorganisierten Charakter, waren oft auch nur von ganz kurzer Dauer, doch sind sie bedeutungsvoll als Zeichen für die Ueberwindung der Passivität der Arbeiterklasse und für das Wiederaufleben des Klassenkampfes. Die faschistischen Gewerkschaften stehen dieser Bewegung machtlos gegenüber, und oft gelingt es den Arbeitern, über den Kopf dieser Gewerkschaften hinweg eine Aufschiebung des geplanten Lohnabbaus zu erzielen. Von besonderer Bedeutung ist der Streik der Reisfeldarbeiterinnen in den Provinzen Novara und Vercelli, ferner ist ein Streik von Textilarbeiterinnen in der Provinz Mailand ausgebrochen, der zu Schießereien führte, bei denen es Tote und Verwundete gegeben hat.

In verschiedenen Gegenden Nord-Italiens hat es Arbeitslosentumulte gegeben, die ebenfalls einen ganz spontanen Charakter trugen. Brottransporte wurden überfallen und das Brot unter die Arbeitslosen verteilt, Frauen von Arbeitslosen demonstrierten vor den Rathäusern und verlangten Arbeit für ihre Männer und Brot für ihre Kinder. Bei diesen Demonstrationen wurden revolutionäre Lieder gesungen und Schmährufe gegen die Faschisten ausgestoßen.

Auch unter den armen Bauernschichten herrscht eine starke Erregung, die selbst in das Lager der Faschisten übergreifen hat. In verschiedenen Gegenden Italiens ist es zu Konflikten innerhalb der Faschistenpartei gekommen, deren Grundlage der Klassenkampf bildete.

Die Erregung der Bauern kommt zum Ausdruck in Demonstrationen, die sich gegen die Podestaten und örtlichen Faschistenführer richten. In manchen Fällen wurde auf dem Rathaus die rote Fahne gehißt, revolutionäre Lieder wurden gesungen, die Lokale der Faschisten gestürmt usw.

Die freien Gewerkschaften

Die Gewerkschaftsarbeit innerhalb der auf kommunistische Initiative wieder zu neuem Leben erweckten Confederazione Generale del Lavoro stößt auf große Schwierigkeiten, nicht nur, weil sie von den Faschisten ebenso verfolgt wird, wie die Arbeit in der Kommunistischen Partei, sondern auch, weil sie von der Amsterdamer Internationale und dem Pariser Büro Buozzia bekämpft wird. Oft ist es so, daß reformistische und maximalistische Arbeiter, die mit der Gewerkschaftspolitik der Partei vollkommen einverstanden sind, es doch nicht wagen, eine aktive Rolle in den Verbänden zu spielen, weil sie nicht in einen Gegensatz zu ihren Parteien gelangen wollen. Trotzdem beweisen zahlreiche Prozesse gegen reformistische und maximalistische Arbeiter, denen die Arbeit in den Gewerkschaften zur Last gelegt wird, daß die Behauptung der ehemaligen Gewerkschaftsführer Buozzi u. Co.,

die wiederaufgebaute CGdL bestehe lediglich aus Kommunisten, absolut falsch ist.

In einem Schreiben, das die provisorische Leitung der CGdL an die Leitung der Amsterdamer Internationale richtet, wird die Mitgliederzahl der Arbeitskammern (Ortskartelle) in den wichtigsten Zentren folgendermaßen angegeben: Mailand — 2450; Turin — 2100; Triest — 1800; Bologna — 800; Savona — 600; Genua — 700, außerdem sind in einer Reihe weniger wichtiger Städte die Arbeitskammern wieder errichtet worden. Für die Berufsverbände, die ebenfalls wieder aufgebaut werden, sind in dem Schreiben folgende Zahlen angegeben: Metallarbeiterverband — 2900; Transportarbeiterverband — 700; Textilarbeiterverband — 1400; Buchdruckerverband — 450; Verband der Hutmacher — 500 usw. In vielen Städten, wie Rom, Neapel, Pisa, Sienna, Aquila usw., in denen es noch keine Arbeitskammern gibt, bestehen Gewerkschaftssektionen als Zentren der Gewerkschaftsarbeit. Alles in allem wurde Ende August die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf 10 000 geschätzt, was in Anbetracht der strengen Illegalität der Organisation und der großen Arbeitslosigkeit, unter der vor allem die als politisch unzuverlässig geltenden Arbeiter leiden, immerhin als ein Erfolg einzuschätzen ist.

Die Kommunistische Partei

Während der vor sich gehenden Revolten hat es sich gezeigt, daß die von der Kommunistischen Partei, heute der einzigen Oppositionspartei in Italien, entwickelte Tätigkeit in einem Teil der Arbeitermassen ein wirksames Echo gefunden hat. An vielen Orten wandten sich die Arbeiter um Rat an ihre kommunistischen Arbeitsgenossen, sie fragten, welches die Parolen der Kommunistischen Partei seien und wie man der Offensive des Kapitalismus Widerstand bieten könne. Unsere Partei sah sich so vor die Aufgabe gestellt, von der reinen Agitations- und Propagandatätigkeit überzugehen zur Führung konkreter Massenbewegungen. Es hat sich hierbei erwiesen, daß nicht überall die Genossen dieser Aufgabe gewachsen waren. Zunächst hat die strenge Illegalität der Partei an verschiedenen Orten ihre Verbindung mit den Massen etwas gelockert, außerdem haben die unaufhörlichen Verhaftungen und Verbannungen den Parteireihen die qualifiziertesten Kräfte entrisen, für die nicht immer sofort Ersatz vorhanden war. Eine Schwierigkeit besteht auch, wie wir bereits in einem früheren Artikel erwähnt haben, in der propagandistischen Erfassung der reformistischen und der maximalistischen Arbeiter, die zwar heute, insbesondere in den Gewerkschaften, mit der Kommunistischen Partei zusammenarbeiten, in denen aber noch starke sozialdemokratische Traditionen lebendig sind.

Die Partei sieht alle diese Schwierigkeiten, und sucht sie zu überwinden. Im übrigen hat es sich gezeigt, daß überall, wo die Arbeiter wieder aktiv den Klassenkampf aufnehmen, insbesondere im stärksten Zentrum der Industrie, in Turin, die Verbindung mit den Massen sehr rasch wieder hergestellt wird, und daß vor allem dort die Tätigkeit der kommunistischen Betriebszellen durch die Massenbewegung, an deren Spitze sie sich stellen, sehr belebt wird.

In Turin hat — im Zusammenhang mit dem Uebergang der Partei zur Führung konkreter Aktion — eine Diskussion unter den Genossen statt-

gefunden, in die die Zentrale eingegriffen hat. Verschiedene von den Genossen, die in der Turiner Organisation an leitender Stelle stehen, äußerten Bedenken über die Zweckmäßigkeit von kleinen Streiks, die nicht nach einem allgemeinen Plan vor sich gehen und nicht koordiniert sind. Sie hielten Bewegungen, die nicht imstande waren, in große Massenaktionen überzugehen, für unzeitgemäß und verkannten die große Bedeutung der Teilbewegungen, die die Arbeitermassen aus ihrer Passivität der letzten Jahre aufrüttelten. Die Parteileitung hat diesem Problem eine Reihe von Artikeln in ihrem theoretischen Organ gewidmet.

Für die Kämpfe, die dem italienischen Proletariat im Zusammenhang mit der Offensive gegen die Arbeitslöhne weiterhin bevorstehen, hat die Partei Losungen aufgestellt, die den Wirtschaftskämpfen einen politischen Inhalt gaben und den Zweck haben, die Arbeiter und Bauern wieder zu einem Faktor des politischen Lebens zu machen. Für die Arbeiter in den Betrieben ist neben Lohnforderungen die Forderung eigener Vertretungen (Arbeiter-Kommissionen) aufgestellt worden, für die Bauern — die Forderungen ihrer Vertretungen in den Kommunalverwaltungen (Kampf gegen die Podestaten). Die Arbeitslosenaktionen, die, wie die Direktive der Partei lautet, mit der allgemeinen Bewegung der Arbeiter eng verbunden werden müssen, sollten zur Wahl eines Arbeitslosenkomitees führen — als ständige Vertretung der Arbeitslosen.

Eine der Parolen aller Kämpfe muß der Wiedereintritt der Arbeiter in die Klassengewerkschaften sein. Den Arbeitern muß immer wieder klargemacht werden, daß nur das Nichtvorhandensein einer solchen Klassenorganisation der Regierung gestattet, immer neue Offensiven gegen die Arbeiter zu unternehmen.

Den Gewerkschaftsfraktionen in den Betrieben wird die Direktive erteilt, Aktionen zugunsten der Wahl von Arbeiterkommissionen einzuleiten und zu entfallen, die den Kern der Agitationskomitees bilden sollen. Die zustande gekommene Wahl solcher Arbeiterkommissionen durch streikende Arbeiter würde von großer Bedeutung für das Erstarken des Selbstvertrauens der gesamten Arbeiterschaft sein.

Besondere Aufmerksamkeit ist — gemäß der Parteidirektive — der Gewerkschaftsarbeit unter den Landarbeitern und Bauern zu widmen. Doch ist diese Arbeit noch mit großen Schwierigkeiten verbunden, weil die Partei gerade in den wichtigsten Landbezirken (Po-Ebene, Apulien und Sizilien) ziemlich schwach ist. Darum sind hier, ohne die Gründung von Gewerkschaftssektionen abzuwarten, Aktionskomitees zu bilden, als Vertretungen der Landarbeiter und Bauern gegenüber den Behörden. Für die Bauern sind — neben den Forderungen der Wahl der Kommunalverwaltungen — Losungen aufzustellen, die sich gegen die Steuerlasten wenden, eine Revision der Pachtverträge verlangen usw. Bei allen Aktionen auf dem Lande ist es wichtig, daß die Landarbeiter und die armen Bauern eine geschlossene Front gegen die Großgrundbesitzer bilden.

Im allgemeinen muß gesagt werden, daß die Partei die Notwendigkeit erkannt hat, der sich entwickelnden Bewegung einen Klasseninhalt zu geben, und den Wirtschaftskampf der italienischen Arbeiterklasse gegen die Unternehmeroffensive zu einem Kampf gegen den Faschismus und gegen das kapitalistische Regime zu machen.

F. G.:

IM ZEICHEN DER AMERIKANISIERUNG

(Randbemerkungen zur Dezember-Nummer der „Gesellschaft“)

Die Sozialdemokratie aller Länder richtet heute ihre Augen auf zwei Vorbilder: die österreichische Sozialdemokratie und die amerikanische Federation of Labor. Wir sind gewohnt, in der sozialdemokratischen Presse diese beiden Vorbilder als Gegensätze bezeichnet zu finden. Darum ist es sehr erstaunlich, daß wir aus der vorliegenden Nummer der „Gesellschaft“ lernen können, daß Gompers und Otto Bauer sehr vieles gemeinsam haben. Es ist sicher kein Zufall, daß in einer Nummer der „Gesellschaft“ zwei Artikel amerikanischen Problemen gewidmet sind. Der eine „Imperialismus der Vereinigten Staaten“, der andere „Ueber das amerikanische Programm der Sozialdemokratie“. Der Verfasser des ersten Artikels stellt sich die Aufgabe, zu beweisen, daß der amerikanische Imperialismus anderer Art sei als andere Imperialismen. Dies „beweist“ er, ausgehend von der Feststellung, daß die Kolonisierung Amerikas durch europäische Einwanderer keinen Imperialismus bedeute (ebenso gut hätte er den alten Kolumbus vor dem Vorwurf des Imperialismus verteidigen können). Weiterhin spricht er dem Kapitalexport nach Europa imperialistischen Charakter ab und charakterisiert die Politik Amerikas im Fernen Osten als „latent imperialistisch“. Was die südamerikanische Politik des amerikanischen Imperialismus betrifft, findet er, daß die Monroe Doktrin, die theoretische Rechtfertigung dieses Imperialismus, „nichts besagt, was aggressiv oder imperialistisch ausgelegt werden könnte“. Schließlich kommt er zu der Folgerung, daß die Vereinigten Staaten kein Kapitalexportland seien und der gegenwärtige Kapitalexport zu erklären sei mit den „anormalen Verhältnissen der Kriegs- und Rekonstruktionszeit“. Sonst sei der Kapitalexport „nicht originär, sondern geborgt“.

Was bleibt also da vom amerikanischen Imperialismus übrig? Es fehlen ja selbst, wie der Verfasser meint, imperialistisch gesinnte größere Schichten in den Vereinigten Staaten, das Land „ist wirtschaftlich im Grunde noch in sich geschlossen“.

Wozu in einem sozialdemokratischen Organ eine derartige Darstellung des Imperialismus? Warum müssen gelehrte Leute den Sozialdemokraten die Zahnlosigkeit des amerikanischen Imperialismus beweisen? Der Verfasser geht sogar so weit, zu behaupten, daß der amerikanische Imperialismus die typischen Züge derjenigen Epoche trage, der die großen englischen Kolonialgesellschaften angehören. Daß also der Staat als solcher kein Instrument des Imperialismus sei.

Wir haben diese einzelnen Gedanken aus diesem Artikel herausgegriffen, weil hier die Absicht klar zutage tritt, dem amerikanischen Imperialismus einen „pazifistischen“ Charakter zu verleihen und die treibenden Kräfte, insbesondere bei der Vergewaltigung Südamerikas, als die Vertreter von Einzelinteressen, die mit den Vereinigten Staaten als Ganzem wenig gemein haben, darzustellen. Ohne hier auf den Wert dieser Argumentation einzugehen, sei nur festgestellt, daß dies der Hintergrund ist, auf dem sich die „Vorzüge“ der amerikanischen Arbeiterbewegung (die Rede ist natürlich nur von der AFofL) besser abheben sollen.

In dem Artikel „Das amerikanische Programm der Sozialdemokratie“ bespricht ein Doktor Decker zwei Broschüren von W. E. Walling, einem der Prediger der Lehren Samuel Gompers. Er tut dies in der Absicht, zu beweisen, daß die amerikanische Laborbewegung wohl nicht sozialistisch, aber sozialdemokratisch sei, da ihr ideelles Ziel „nicht Sozialismus, sondern soziale, industrielle und wirtschaftliche Demokratie“ sei.

Der Grundsatz der AFofL ist, wie Dr. Decker darlegt, „ebenso unabhängig vom amerikanischen Kapitalismus wie vom europäischen Sozialismus“. Wer nur einigermaßen mit der amerikanischen Arbeiterbewegung vertraut ist, weiß, daß die Unabhängigkeit vom europäischen Sozialismus mit viel größerem Eifer beachtet wurde, als die Unabhängigkeit vom amerikanischen Kapitalismus, mit dem Gompers und seine Jünger stets die besten Beziehungen aufrecht erhielten.

Nach der Darstellung unseres Autors negieren die Schüler Gompers nicht die Möglichkeit einer Klassenherrschaft, wohl aber ihr Bestehen. Ebenso bestehe in Amerika eine „Gefahr des Kapitalismus“, jedoch kein Kapitalismus. (Wir sehen, daß in dem ersten erwähnten Artikel über den amerikanischen Imperialismus derselbe Versuch gemacht wurde, zu beweisen, daß der amerikanische Imperialismus kein richtiger sei, genau dasselbe, was die Gompers-Schüler bezüglich des Kapitalismus behaupten.)

Am schwersten wird es einem europäischen Sozialdemokraten, die Ablehnung des Klassenkampfes durch die AFofL begrifflich zu machen. Wohl führen die Sozialdemokraten schon lange keinen Klassenkampf mehr, aber im Munde führen sie ihn zu mindestens. Darum versucht Decker den sozialen Kampf, von dem Walling spricht, als Klassenkampf zu deuten, obwohl er selbst zugeben muß, daß sich die amerikanische AFofL gegen jede Bewegung, die sich gegen die bestehende Ordnung richtet, ausspricht. Obwohl der deutsche Sozialdemokrat zugeben muß, daß Gompers grundsätzlich kein Programm einer Arbeiterpartei aufstellt, um keinesfalls irgendwie an die Stützen der bestehenden Ordnung zu rühren, sucht er doch festzustellen, daß das entwickelte Programm tiefgreifende Aenderungen der wirtschaftlichen Organisation vorsieht.

Worin bestehen diese Aenderungen? In der Uebergabe des Kreditwesens in die Hände der Gesellschaft (wie er sich das vorstellt, ist nirgends gesagt worden) und in der Schaffung dessen, was die deutschen Reformisten Wirtschaftsdemokratie nennen.

Damit führt er den Beweis, daß das Programm der „parteilosen“ antisozialistischen und antikapitalistischen AFofL sich mit dem kleinbürgerlichen Ideal der Wirtschaftsdemokratie deckt und damit letzten Endes dem Ideal des linken Otto Bauer, der funktionellen Demokratie, sehr nahe kommt.

Im Schluß seines Artikels weist der Verfasser darauf hin, daß der Versuch der Darstellung der Ideologie der AFofL seinen Grund darin hat, daß man „hier zum Teil den gleichen Problemen begegnet, die bei uns (d. h. in der deutschen Sozialdemokratie) sehr aktuelle geworden sind“.

Er gibt damit selbst zu, daß diese Betrachtungen über die amerikanische Arbeiterbewegung hervorgegangen sind aus dem allgemeinen neuen Kurs der Sozialdemokratie, dem Kurs auf die Amerikanisierung. Man beginnt mit der Verwischung der Tatsache des Bestehens des amerikanischen Imperialismus, dem man einen pazifistischen Anstrich zu geben sucht, man verschweigt den Streikbrechercharakter der gelben AFofL und sucht die Identität oder Verwandtschaft ihrer Anschauungen mit den Anschauungen der europäischen Sozialdemokratie zu beweisen.

Im übrigen hat er hier vollkommen recht. Die AFofL und die deutschen Gewerkschaften unterscheiden sich nicht im geringsten. Bis jetzt zeichneten sich nur die Amerikaner dadurch aus, daß sie zynischer und offener ihren Knechtdienst für die Kapitalisten leisteten. Die deutschen Sozialdemokraten, und insbesondere die Gewerkschaftsbürokraten, beginnen erst, wie dieser Autor, die „anregende Frage“ zu stellen, „ob diese sozial- und wirtschaftsdemokratische, nicht aber sozialistische, ja den Sozialismus ablehnende Ideologie, auf den Erfahrungen einer großen erfolgreichen (!) Weiterbewegung aufgebaut, uns dazu veranlassen kann, unsere sozialistischen Anschauungen grundsätzlich zu revidieren“.

Die Aufrollung dieses Problems, das ja praktisch im Sinne der Amerikanisierung gelöst ist, in der theoretischen Presse der deutschen Sozialdemokratie ist ein Symptom der fortschreitenden Amerikanisierung.

EINLADUNG ZUR SUBSKRIPTION AUF

LENIN

SÄMTLICHE WERKE

EINZIGE VOM LENIN-INSTITUT IN MOSKAU AUTORISIERTE AUSGABE

Band XX / 1. Halbband

DIE REVOLUTION VON 1917

VOM MÄRZ BIS ZU DEN JULITAGEN

AUS DEM INHALT:

Briefe an A. M. Kollontai / Thesenentwurf / Briefe aus der Ferne I—V / Lenin über die russische Revolution / Rede auf einer Versammlung der Bolschewiki / Ueber die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution / Ueber die Doppelherrschaft / Briefe über Taktik / Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution / Die politischen Parteien in Rußland und die Aufgaben des Proletariats / Reden auf der Petrograder Stadtkonferenz / Entwurf zur Aenderung des theoretischen, politischen und einiger anderer Teile des Programms / Reden und Resolutionen auf der allrussischen April-Konferenz der SDAPR / Artikel aus der „Prawda“ u. a. m.

So kurz die Zeitspanne vom März bis zum November 1917 ist — nicht mehr als 8 Monate — so gewaltig ihre weltgeschichtliche Bedeutung. An ihrem Anfang steht der Sturz des Zarismus, an ihrem Ende der Sturz der ganzen bürgerlichen Ordnung in Rußland überhaupt: die Errichtung der proletarischen Diktatur, die Schaffung des Sowjetstaates auf einem Gebiet, das nicht weniger als ein Sechstel des Erdballs einnimmt. Die historische Eigentümlichkeit der großen russischen Revolution von 1917 ist, daß dort die bürgerliche Revolution im Februar—März, die den Zarismus hinweggefegt hatte, im Laufe von wenigen Monaten sich zur proletarisch-sozialistischen Revolution auswuchs und zur Eroberung der Staatsmacht durch das russische Proletariat führte. Die entscheidende Rolle Lenins bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Umwälzung ist aller Welt bekannt, und es liegt auf der Hand, daß die Genialität Lenins als Strategie und Taktiker der Revolution, die Eigentümlichkeit seiner Größe nirgends so hervortreten konnten, wie gerade in dieser Periode. Es sind gleichsam Dokumente des Generalstabes der Revolution, die in den Bänden über das Jahr 1917 vor dem Leser ausgebreitet werden.

•

Bei der Redigierung des Bandes XX ergab sich angesichts des großen Umfanges des Materials die Notwendigkeit, den Band XX in 2 Halbbände zu teilen. Der 1. Halbband wird ab 30. Januar ausgeliefert, der 2. Halbband erscheint etwa 10 Wochen später.

Umfang des 1. Halbbandes etwa 500 bis 600 Seiten

Subskriptionspreise: broschiert 6,— Mark, in englisch Doppelleinen 8,50 Mark

Volksausgabe: broschiert 5,— Mark, in Leinen 6,50 Mark

Die Subskriptionsfrist läuft endgültig bis 15. Januar 1928. Auslieferung des Bandes ab 30. Januar. Nach Ablauf der Subskriptionsfrist Preiserhöhung um etwa 35 Prozent

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK

WIEN-BERLIN SW 48

S O E B E N E R S C H I E N E N

LENIN

SÄMTLICHE WERKE

EINZIGE VOM LENIN-INSTITUT IN MOSKAU AUTORISIERTE AUSGABE

BAND XIII

MATERIALISMUS UND EMPIRIOKRITIZISMUS

KRITISCHE BEMERKUNGEN ÜBER EINE REAKTIONÄRE PHILOSOPHIE

INHALT:

Einleitung. I. Die Erkenntnistheorie des Empiriokritizismus und des dialektischen Materialismus. II. Der dialektische Materialismus und das Ding-an-sich. III. Der dialektische Materialismus und die Metaphysik. IV. Die philosophischen Idealisten als Mitstreiter und Nachfolger der Empiriokritizisten. V. Die neue Revolution in der Naturwissenschaft und der philosophische Idealismus. VI. Empiriokritizismus und historischer Materialismus.

Anhang: 10 Fragen an den Referenten / Zur Frage der Dialektik / Anmerkungen / Namenregister usw.

Das Buch ist eine gründliche Abrechnung mit dem Revisionismus auf dem Gebiete der marxistischen Philosophie. Lenin weist darin nach, daß der sogenannte „Empiriokritizismus“ (die mit den Namen Ernst Mach und Richard Avenarius verknüpfte philosophische Richtung, daher auch „Machismus“ genannt), der eine gewisse Zeit in einigen marxistisch sein wollenden Kreisen Eingang gefunden hatte, nichts anderes ist, als eine neumodische Spielart des altbekannten philosophischen Idealismus, also letzten Endes eine modernisierte Pfafferei. Aber mehr als das. Wie seinerzeit Friedrich Engels die Polemik gegen Eugen Dühring dazu diente, um die eigenen philosophischen Anschauungen und die von Marx positiv zu entwickeln, so bietet Lenin die Auseinandersetzung mit dem Machismus nur den Anlaß, positiv eine zusammenhängende Darstellung des dialektischen Materialismus, der dialektischen Methode und kommunistischen Weltanschauung, wie sie von Marx und Engels begründet wurde, zu geben, und auf unsere Zeit im Zusammenhang mit den Umwälzungen in der Naturwissenschaft anzuwenden.

XXXII und 486 Seiten

Broschiert 6,50 Mark, in englisch Doppelleinen geb. 10.— Mark

Volksausgabe broschiert 5,50 Mark, in Leinen geb. 7,50 Mark

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK
WIEN-BERLIN SW 48

GESCHICHTE RUSSLANDS

von seiner Entstehung bis zur neuesten Zeit

von

M. POKROWSKI

Professor für Geschichte an der Universität Moskau

übersetzt von

Alexandra Ramm

durchgesehen und herausgegeben von

Wilhelm Herzog

Wöchentlich erscheint eine Lieferung im Umfange von 1 Bogen zum Preise von RM. —40 ord. Der Umfang des Werkes ist auf 50 Lieferungen berechnet

Bei Aufgabe der Bestellung bis zum 15. Januar 1928 liefern wir eine Einbanddecke in Ganzleinen kostenlos

So urteilt die Presse:

„Die Welt am Abend“: „Dieses monumentale, weit aus-
holende Meisterwerk des russischen Historikers wird, ins Deutsche
übertragen, Epoche machen. Zum ersten Male erlebt man hier,
nach Franz Mehring, den Versuch, mit Hilfe des historischen
Materialismus, die Geschichte eines Landes zu schreiben. Auf
den Schulen erfährt man herzlich wenig von der Vergangenheit
Rußlands. Die Zahl der Werke ist sehr gering, vor allem aber
sehr teuer. Hier ist ein Buch für alle, in klarer, lebendiger,
faßlicher Form geschrieben, von einem hervorragenden
Marxisten beleuchtet. Es bleibt ein Verdienst Wilhelm Herzogs,
die Ausgabe dieses Buches in deutscher Sprache veranlaßt zu
haben . . . Wir möchten den Bezug der Lieferungen dringend
empfehlen.“

„Rote Fahne“: „Jeder Vorurteilslose, der Pokrowskis Buch
liest, wird gepackt werden von der Macht der Tatsachen aus
der Vergangenheit, die ihm die Gegenwart erklären werden,
indem sie ihn hineinführen zu der heutigen Struktur der ersten
Arbeiter- und Bauernrepublik der Welt, der Sowjetunion.“

C. L. HIRSCHFELD „ VERLAG „ LEIPZIG